

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



8000 demonstrierten in Hamburg für die Rechte Geflüchteter

- *Wahl in Hamburg: Hanseatischer Bürgerkönig – S. 4*
- *Yanis Varoufakis: Keine Zeit für Spielchen in Europa – S. 6*
- *Hamburgs Staatsschutz im Einsatz – S. 12*
- *IG Metall im Tarifikampf – S. 17*
- *Ukraine-Konflikt: Uno-Sicherheitsrat fordert einstimmig die Einhaltung der Waffenruhe – S. 18*

Ausgabe Nr. 2 am 19. Februar 2015, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:



Vernetzter Sicherheitsbegriff

www.bmvg.de, auch Bildquelle. maf. Eigenartigerweise taucht die inzwischen in vielen zivilen Behörden gängige Führungstechnik durch Leitbilder in der nach Befehl und Gehorsam geordneten militärischen Großorganisation der Bundeswehr bereits 1969 auf, seither sind zehn sogenannte Weißbücher, die davon handeln, erschienen. Diese umfangreichen Dokumente schaffen nicht nur eine Kommunikationsebene zwischen der Gesetzgebung, der Regierung, der Rüstungswirtschaft und der Truppenführung. Sie eröffnen auch innerhalb der Befehlsskette Räume zur Diskussion über Sinn, Zweck und angemessene Mittel. Dem neuen Weißbuch, es soll 2016 erscheinen, hat die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen eine weitere Aufgabe zugewiesen.

„Eine Besonderheit wird die Art und Weise der Entstehung des Weißbuches sein. Sie ist als ein längerfristig angelegter Prozess geplant, an dem nicht nur die Ressorts beteiligt sein werden – ganz im Zeichen des vernetzten Sicherheitsbegriffs – sondern darüber hinaus ein Maximum an Expertenwissen und externer Expertise miteinfließen soll. So werden ganz selbstverständlich Abgeordnete des Deutschen Bundestages in die Erstellung einbezogen werden, ohne damit allerdings den exekutiven Charakter des Dokumentes in Frage zu stellen. Darüber hinaus soll neben Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen und Stiftungen auch die breite Öffentlichkeit intensiv miteingebunden werden. Auch die Perspektive internationaler Experten und Bündnispartner soll berücksichtigt werden. Diese Interaktion mit einer breiten Öffentlichkeit hat es in der Historie der Weißbücher bisher so noch nicht gegeben.“

Dieser Prozess kann einen Schritt in Richtung Militarisierung der breiten Öffentlichkeit bedeuten, nimmt die zivile Gesellschaft diese echte Herausforderung an, wäre auch ein zivilisierender Einfluss aufs Militär denkbar. Die linke Kritik wird und mehr noch die Politik der Linken wird sich in dieser Diskussion nicht von der Vorstellung leiten lassen können, wonach ein militärisch industrieller Komplex als Brutstätte des Militarismus wirkt. Akut treibt die medialer Hochstimulation über die zunehmende Bedeutung der BRD als kommende Führungsmacht die Diskussion es wäre verheerend, wenn diese Stimmung zur militärischen Doktrin gerinnen würde.

Pilotprojekt öffentlich geförderte Beschäftigung für Thüringen

www.die-linke-thl.de, 1.2. Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Thüringen und dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 98 600 Arbeitslose erklärt Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag: „Ein Grund für diese Entwicklung ist wohl vor allem das Auslaufen von Förderinstrumenten und Maßnahmen sowie das Absenken finanzieller Zuwendungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es sind deutlich weniger Menschen in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen, wie der Bürgerarbeit, tätig.“ Waren es im Januar des vergangenen Jahres noch 4 411 Personen, seien es nun nur noch 2 676. Über die Bürgerarbeit waren in Thüringen über drei Jahre insgesamt mehr als 2 300 Menschen in Arbeit. Allerdings ist dieses Bundesprojekt nun ersatzlos ausgelaufen, kritisiert Leukefeld.

Vergleicht man die Zahlen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit in Thüringen von Dezember 2014 zu Januar

2015, so fällt auf, dass die Anzahl der Erwerbslosen, die wegen ihrem Einsatz in Maßnahmen, Weiterbildung oder Qualifizierung sowie wegen Übergang in Selbständigkeit nicht als Arbeitslose gezählt werden und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind, um etwa 6 000 gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die reale Arbeitslosigkeit insgesamt um etwa 8 000 Personen gestiegen. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass dringender Bedarf an Qualifizierung und Beschäftigung besteht: „Es bestärkt uns umso mehr, dass neue Instrumente bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dringend notwendig sind. Das hilft nicht nur den Betroffenen und verhindert Armut, sondern hat auch Auswirkung auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Thüringen, die ebenfalls wieder angestiegen ist.“ Auch diese Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften beunruhigt Frau Leukefeld: „Ihr Anstieg in Thüringen auf insgesamt 100 818 (Zuwachs von 628 Bedarfsgemeinschaften zum Vormonat) zeigt, dass die Abhängigkeit von Hartz IV für viele Menschen wieder zugenommen hat.“

Frau Leukefeld verweist in diesem Zusammenhang auf das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, verstärkt in öffentlich geförderte Beschäftigung zu investieren, die auch vom Regionalchef der Agentur für Arbeit unterstützt wird.

„Es wäre ein Pilotprojekt, alle Mittel, die für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, so zusammenzulegen, dass für den einzelnen Langzeitarbeitslosen ein guter Lohn für geleistete Arbeit gezahlt werden kann. So würden dringend notwendige Arbeit in den Kommunen geleistet und Menschen, die auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, eine neue Perspektive ermöglicht. Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit“, so Frau Leukefeld abschließend.

Das Streikrecht weltweit garantieren: Arbeitgeber stellen in der ILO Streikrecht in Frage

www.dielinke-europa.eu, 11.2. Vor dem Hintergrund eines Vorstoßes der Arbeitgebergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Infragestellung des Streikrechts hat der Handelsexperte der Linksfraction im Europaparlament, Helmut Scholz, die weltweite Durchsetzung dieses Grundrechts gefordert.

„Jahrzehntelang wurde die Auffassung geteilt, dass zur ILO-Konvention 87 zur Vereinigungsfreiheit auch das Recht gehört, dass eine Vereinigung notfalls zum Streik aufruft. Der UN-Sozialpakt garantiert in Artikel 8 sogar völkerrechtlich verbindlich das Streikrecht, ratifiziert von 162 Staaten“, so



Anlässlich des 16. Jahrestages der Verschleppung des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan von Geheimdiensten aus Nairobi in die Türkei finden mehr-tägige Sternmärsche von Frankfurt, von Bern und von Luxemburg nach Straßburg statt. In Straßburg soll dem Europäischen Rat eine Unterschriften-kampagne für die Freilassung von Abdullah Öcalan überreicht werden. Über 100 Teilnehmer starteten am 1. Februar in Frankfurt, um in elf Etappen nach Straßburg zu gehen. Der Marsch von Frankfurt findet zudem zur Solidarität mit dem kurdisch-syrischen Kobane und kurdisch-irakischen Sengal statt, die von den Terrormilizen der IS angegriffen worden waren. Nach dem kurdischen Sieg über die IS in Kobane fordern die Demonstranten die Anerkennung der demokratischen kurdischen Selbstverwaltung von Rojava im Norden Syriens und die Öffnung der türkischen Grenze zur Einrichtung eines humanitären Korridors nach Kobane. In den Etappenzielen wurden die Teilnehmer des Marsches mit Kundgebungen empfangen. Im Gegensatz zu früheren Jahren kam es bisher zu keinen Übergriffen von Polizei und Behörden. Vielmehr lief der Marsch trotz vieler Öcalan-Bilder und Fahnen in einer ruhigen Atmosphäre ab. Bilder: Karlsruhe.

der Abgeordnete am Dienstag vor dem Plenum des Europäischen Parlaments. „Ausbeutung bedeutet im Wettbewerb soziales Dumping – das Streikrecht ist ein legitimes Kampfmittel dagegen und muss von der Europäischen Union international verteidigt werden.“ Andernfalls würde die Verpflichtung zur Achtung der ILO-Konvention 87 als Kernnorm in den Nachhaltigkeitskapiteln der EU-Handelsabkommen entwertet.

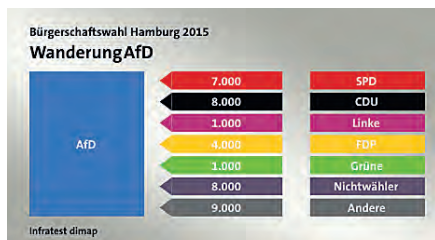
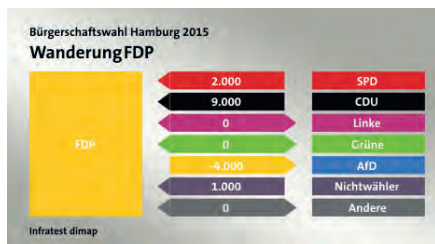
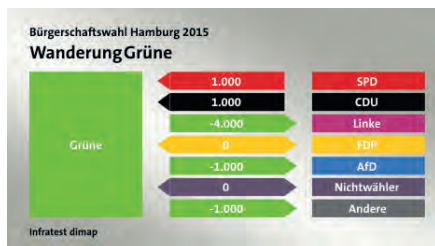
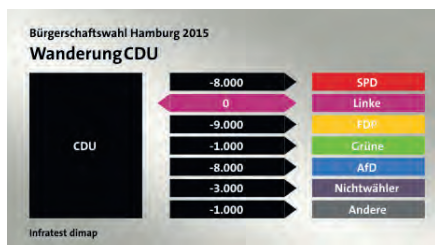
Zudem müsste das Streikrecht auch in von der EU geschlossenen bzw. verhandelten Freihandelsverträgen gesichert werden. „Handel und Wirtschaftskooperation brauchen Rechtsschutz für Arbeitnehmer“, betonte Helmut Scholz. Die entsprechenden regulatorischen Rahmenbedingungen

für den Schutz guter Lebens- und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten in den verschiedensten Teilen der Welt müssten angesichts der sich rasant entwickelnden globalen Produktions- und Wertschöpfungsketten zügig geschaffen werden, forderte der Linkspolitiker.

Für den 18. Februar haben Gewerkschaften weltweit zu einem Aktionstag für die Gewährleistung des Streikrechts aufgerufen. Sollte in der Frage der Interpretation der ILO-Konvention 87 bis Monatsende zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Staaten in der Weltarbeitsorganisation keine Einigung erzielt werden, könnte die Problematik an den Internationalen Gerichtshof zu Klärung überwiesen werden.



Lesebeispiel: Die Linke hat 4000 ehemalige Wähler der SPD gewonnen; ebenso viele von den Grünen; 3000 hatten das letzte Mal nicht gewählt; 1000 sogenannte „andere Parteien“. 1000 Wähler, die beim vorigen Mal Linke gewählt hatten, wählten diesmal AfD. Quelle: wahlen.tagesschau.de auf Grundlage von Umfragen und Datenanalysen von Infratest dimap.



„Historisches Ergebnis für Die Linke bei der Bürgerschaftswahl“

Für die Linke war die Bürgerschaftswahl in Hamburg ein großer Erfolg. Besonders freuen sich Herausgeber und Redaktion der Politischen Berichte, Christiane Schneider gratulieren zu können, die nun zum dritten Mal in die Hamburger Bürgerschaft gewählt wurde. Der Linken gelang es, öffentliche Anerkennung zu finden für die oft mühselige Oppositionsarbeit in einem Landesparlament, das im Stadtstaat Hamburg zugleich Kommunalparlament ist. Bemerkenswert, dass die Linke nicht als bloße Protest- und Hartz IV-Partei wahrgenommen wird; die Zunahme bei den Stimmen speiste sich stark aus einem Wählerfeld, dem bürgerrechtliche Anliegen wichtig sind. Die Zuwächse der Linken von den Grünen, aber auch zum Teil von der SPD (siehe Wählerwanderungen) und die Ergebnisse nach den Stadtbezirken zeigen, dass viele die Linke gewählt haben, die nicht zusehen wollen, wie Flüchtlinge schikaniert werden, die Schranken für polizeiliches Handeln für notwendig erachten. Die Linke hat im Westen also auch dort eine Chance, wo die wirtschaftliche Lage eher besser ist.

Der Landesverband der Linken Hamburg freut sich in einer ersten Stellungnahme über das Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 15. Februar:

Das vorläufige amtliche Endergebnis zeigt: Die Linke Hamburg hat ihr Ergebnis von 2011 stark verbessert und schafft mit 8,5 Prozent (+2,1) der Stimmen zum dritten Mal den Einzug in die Hamburgische Bürgerschaft! Für Die Linke ist das das beste Ergebnis in Westdeutschland – abgesehen vom Saarland – überhaupt. Die Zahl der Bürgerschaftsabgeordneten wird damit von 8 auf 11 steigen.

Detaillierte Ergebnisse, auch aus den einzelnen Wahlkreisen, gibt es auf der Seite www.wahlen-hamburg.de

8,5 Prozent holte Die Linke stadtweit bei der Bürgerschaftswahl am Sonntag. Doch in die Ergebnisse in den Stadtteilen unterscheiden sich ganz erheblich. Auf St. Pauli wurde Die Linke sogar stärkste Partei vor SPD und Grünen. Im Osten der Stadt wurde sie unterdurchschnittlich gewählt.

So schnitt Die Linke in den einzelnen Hamburger Bezirken ab:

- Altona: 11,9 Prozent • Bergedorf: 6,8 Prozent • Eimsbüttel: 8,7 Prozent • Mitte: 12,1 Prozent • Nord: 8,2 Prozent • Harburg: 7,5 Prozent • Wandsbek: 5,6 Prozent

Vergleichsweise wenig Zustimmung bekam Die Linke bei älteren Wähler/innen. Von den Über-70-Jährigen wählten nur 3 Prozent Die Linke. Dafür schnitt Die Linke bei den jungen Leuten sehr gut ab: 12 Prozent der 16- bis 24-Jährigen und 11 Prozent bei den 24- bis 34-Jährigen machten ihre Kreuze bei der Linken.

www.die-linke-hamburg.de, 16.2.2015

Für die Linke gewählt wurden laut vorläufigem Ergebnis (alphabetische Reihenfolge): Böddinghaus, Sabine • Celik, Deniz • Dolzer, Martin • Hackbusch, Norbert • Hannemann, Inge • Heyenn, Dora • Jersch, Stephan • Özdemir, Cansu • Schneider, Christiane • Sudmann, Heike • Yildiz, Mehmet.

Hanseatischer Bürgerkönig

Die Ergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl waren in großen Zügen durchaus vorhersehbar. So konnte unser Autor ohne hellseherische Fähigkeiten den Text vor dem Wahltag schreiben.

Gaston Kirsche (der Autor ist aktiv in der Hamburger Gruppe *bricolage*)

Langsam fließt die Elbe durch die Stadt, gemächlich zieht sich der Wahlkampf für das Hamburger Landesparlament hin. Hamburgs SPD stellt nach zehnjähriger Unterbrechung 2011 wieder den Bürgermeister. Offen ist nach derzeitigen Umfragen nur, ob sie wieder die absolute Mehrheit der Mandate erreicht oder einen Koalitionspartner benötigt, wofür der sozialdemokratische Bürgermeister Olaf Scholz dann zuerst die Grünen ansprechen will.

Falls der AfD und der FDP neben SPD, CDU, Grünen und Linken der Einzug in die Bürgerschaft gelingt, wovon die Demoskopen ausgehen, wird es für die SPD wohl nicht zu einer absoluten Mandatsmehrheit reichen. Bereits Anfang Januar hat Scholz aber seinen Senatoren und Senatorinnen bei einer informellen Besprechung zugesagt, dass sie bei dem erwarteten Wahlsieg im Amt bleiben können – die einzige Unwägbarkeit seien hierbei eventuelle Koalitionsverhandlungen.

Bis auf eine vierjährige Unterbrechung in den fünfziger Jahren, als CDU, FDP und die Partei der „Heimatvertriebenen“ mit einem Bürgerblock regierten, regiert in der Hansestadt der wegen der in ihm vorherrschenden ausgeprägten Ordnungsliebe auch CSU des Nordens genannte, in der eigenen Bundespartei traditionell auf dem

rechten Flügel spielende Landesverband der SPD. Helmut Schmidt, der es vom Leutnant der Wehrmacht, der an der Hungerblockade Leningrads beteiligt war, über den Posten des Hamburger Innensenators bis zum bei den Deutschen beliebtesten Altkanzler der Bundesrepublik gebracht hat, wird verehrt wie kein anderer Politiker. Als der seinerzeit 93-jährige Schmidt 2011 im letzten Bürgerschaftswahlkampf gegen den Spitzenkandidaten Olaf Scholz nicht grantelt, sondern sich öffentlich für ihn engagierte, brachte dies Scholz einige Prozente insbesondere im autoritär strukturierten kleinbürgerlichen Milieu, das sich 2001 zahlreich von der SPD abgewandt hatte, als nicht nur Schmidt im Wahlkampf geschwiegen hatte. Damals kam die neugegründete „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ unter der Führung von Ronald Barnabas Schill aus dem Stand auf 19,4 Prozent, die bei der Wahl 1997 noch ihr Kreuz bei der SPD oder der deutschnationalen DVU gemacht hatten. Schill ist im Schanzenviertel in einer kleinbürgerlichen Familie aufgewachsen, hatte es bis zum Amtsrichter gebracht und sich medienwirksam als „Richter Gnadenlos“ inszeniert, der gegen die unter dem ersten rotgrünen Senat angeblich ausgeuferte Kriminalität autoritärere Lösungen propagierte. Dass die SPD damals abgewählt wurde, weil sie trotz ihrer Eigenbezeichnung nicht mehr als Partei von „Law and Order“ wahrgenommen wurde, hat in der Parteispitze niemand vergessen.

Olaf Scholz, der selbst noch kurzzeitig Innensenator im rotgrünen Senat vor dessen Abwahl war, hatte 2001 noch versucht, mit schärferem Vorgehen der Polizei gegen Drogenhändler und als solche verdächtigten afrikanischen Flüchtlinge die Law-and-Order-Kompetenz hervorzuheben. Vergeblich.

Nur aus dieser Vorgeschichte der massiven Stimmenverluste an die Schillpartei 2001 ist es zu erklären, dass der derzeitige Innensenator der SPD, Michael Neumann, ehemaliger Offizier der Bundeswehr, die gegenwärtige Polizeiführung nahezu unkontrolliert eigenständig schalten und walten lässt. Als am 21. Dezember 2013 die große Solidaritätsdemonstration für die Rote Flora und die Lampedusa-Flüchtlingsgruppe nach 20 Metern von der Polizei gestoppt und angegriffen wurde, um sie aufzulösen, wurde diese Entscheidung von Hartmut Dudde als Einsatzleiter vor Ort durchgesetzt. Nach Absprache mit dem damaligen Gesamteinsatzleiter der Polizei Hamburg, Peter Born. Beide wurden nach 2001 vom damaligen Innensenator Schill und dessen Nachfolger Dirk Nockemann, ebenfalls Schillpartei, protegiert und befördert. In der Hamburger Polizeiführung wirkt die Personalpolitik der Schillpartei bis heute

Klartext

Wahlzeitung zur Bürgerschaftswahl in Hamburg
am 15. Februar 2015 - www.die-linke-hamburg.de

DIE LINKE.

Hamburg neu erfinden

Sozial – alternativ – friedlich – gerecht: Darum lohnt es sich, am 15. Februar DIE LINKE zu wählen.



Am 15. Februar ist es soweit: Dann wird in Hamburg wieder einmal die Bürgerschaft gewählt. Wir wissen schon, was viele jetzt denken: Das bringt doch gar nichts. Würden Wahlen etwas ändern, wären sie ... Aber stopp, das stimmt gar nicht! Zugabe: Ob Olaf Scholz wieder Bürgermeister wird oder jemand anders, ist wirklich nicht so wichtig. Warum es sich dennoch lohnt, zur Wahl zu gehen? Weil es nicht nur darum geht, wer Hamburg regiert, sondern auch, wie regiert wird. Können sich die Eliten unsere Stadt zur Beute machen wie früher? Kann sich der SPD-Fitz wieder ungezügelt ausbreiten? Können die Mächtigen tun, was sie wollen? Oder werden sie wirksam kontrolliert?

Bevor DIE LINKE im Jahr 2009 in die Bürgerschaft kam, wurden die Wahnsinnsprojekte wie die Elbphilharmonie von CDU, SPD, FDP und Grünen ohne Gegenstimme beschlossen. Inzwischen macht DIE LINKE mit ihren acht Abgeordneten mächtig Dampf in der Bürgerschaft. Ihre Reden haben schon manchen Senator zur Weißglut gebracht – und auch zum Nachdenken. In der Härtefallkommission hat DIE LINKE Menschen in Not ganz konkret helfen können, zum Beispiel Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind. Ihre parlamentarischen Initiativen haben Wohnungslosen, Aktivisten/-innen, Bürgerinitiativen und ganz normalen Leuten geholfen, ihre Stimme gegen-

über den Mächtigen zu erheben. DIE LINKE hat Streiks und Volksbegehren unterstützt wie Keine Seilbahn in St. Pauli oder »Unser Hamburg – Unser Netz«. Ihre Anfragen haben manches an die Öffentlichkeit gebracht, was andere lieber im Verborgenen belassen hätten. Nicht zuletzt hat DIE LINKE Gesetzentwürfe vorgelegt, die Lösungswege für die Probleme unserer Stadt aufzeigen. Denn eine andere Politik ist möglich. Und auch aus der Opposition heraus kann DIE LINKE viel erreichen!

Ohne Druck von links
■ wären die Studiengebühren niemals abgeschafft worden
■ wären die Kitagebühren nicht gesenkt worden

■ wäre der Mindestlohn nicht eingeführt worden
■ wäre der soziale Wohnungsbau nicht wieder angekurbelt worden
■ wären die Sozialkürzungen des Senats noch drastischer ausgefallen.

Was DIE LINKE anders macht als die anderen Parteien? Als einzige Bürgerschaftspartei bekommt DIE LINKE keine Spenden aus der Industrie. Auf ihre Leute warten keine lukrativen Posten in der Wirtschaft, so wie es auch bei ehemaligen SPD- und Grünen-Leuten inzwischen selbstverständlich geworden ist. DIE LINKE ist zu 100 Prozent unabhängig! Sie steht bei niemandem im Wort – außer bei ihren Wähler/-innen!



Rote Karte für Scholz!
Viel versprochen, wenig gehalten. Warum DIE LINKE Olaf Scholz nicht zum Bürgermeister wählen wird: **Seite 6**

Stark machen für Hamburg: Das will DIE LINKE

Mehr soziale Gerechtigkeit, Millionärsteuer statt »Schuldenbremse«, eine alternative Wohnungspolitik

Das Programm der Hamburger LINKEN gibt den Kurs vor für eine konsequente Oppositionspolitik. Was DIE LINKE in Hamburg will: **Seiten 2 bis 6**



Gysi kommt
Eine erfolgreiche LINKE in Hamburg – das ist ein Signal auch an die Mächtigen in Berlin und Brüssel! Oppositionsführer Gregor Gysi wird uns deshalb im Wahlkampf unterstützen. Am 12. Februar kommt er zu uns. Was der Wahlkampf der LINKEN in Hamburg sonst noch bringt: **siehe Rückseite**

Die rote Dora
Seit sieben Jahren steht Dora Heyenn für die linke Opposition in der Bürgerschaft. Jetzt ist die Fraktionsvorsitzende wieder Spitzenkandidatin der LINKEN. Was sie erreicht hat, was sie noch vorhat, sagt sie im Interview auf **Seite 5**.



Starke Frauen – starke LINKE

Frauen spielen bei der Hamburger LINKEN die Hauptrolle – in der Partei und im Parlament

Dafür steht in erster Linie Dora Heyenn. Sie ist die starke Frontfrau an der Spitze einer Bürgerschaftsfraktion, in der die Frauen auch sonst den Ton

angeben: Drei männlichen stehen fünf weibliche Abgeordnete gegenüber! Außer Heyenn sind das die Innenpolitikerin Christiane Schneider, Verkehrs-

Fachfrau Heike Sudmann, die Gesundheits-Expertin Kerstin Artus und Cansu Özdemir, zuständig für Soziales. Auch in den Bezirken stehen bei der

LINKEN viele starke Frauen in der ersten Reihe, einige kandidieren jetzt für die Bürgerschaft. Zum Beispiel die Schulpexpertin Sabine Boeddinghaus aus Harburg. Oder Zaklin Nastic, die sich in der Bezirksversammlung Eimsbüttel für Flüchtlinge und Soziales engagiert. Oder Inge Hannemann, die als damalige Jobcenter-Mitarbeiterin die Brutalität des Hartz-IV-Systems angeprangert hat und dadurch bundesweit bekannt geworden ist. Mehr zu den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in Hamburg auf der **Seite 7**.



Wahlzeitung, Die Linke Hamburg

fort. Auch die Verhängung der Gefahrengelände Anfang 2014 setzte die Polizeiführung eigenmächtig durch, der sozialdemokratische Innensenator erfuhr erst später davon und gab – wie immer – im Nachhinein seiner Polizeiführung uneingeschränkte Rückendeckung. Als im April 2014 der für sein hartes Vorgehen gegen linke Demonstrationen bekannte Gesamteinsatzleiter der Polizei Hamburg, Peter Born, aus Altersgründen pensioniert, war es keine Überraschung, wer in der Polizeiführung als sein Nachfolger inthronisiert wurde: Hartmut Dudde. Der Innensenator und der gesamte SPD-Senat stecken lieber massive Kritik an antidemokratischen, überzogenen Polizeieinsätzen ein, als sich mit der Polizeiführung anzulegen. Auch dass Hamburgs Verwaltungsgerichte mehrfach von der Polizeiführung verfügte Einschränkungen, Verbote und Einsätze im Nachhinein als Verstöße gegen das Demonstrationsrecht verur-

teilt haben, war für Hamburgs SPD-Führung kein Anlass, Konsequenzen zu fordern.

Dass in der Hamburgischen Bürgerschaft trotzdem die Polizeiführung kritisiert wird, liegt vor allem an den innenpolitischen Sprecherinnen der Grünen, Antje Möller, und der Linken, Christiane Schneider. Aber auch der Rückhalt ihrer Fraktionen nützt kaum etwas – die große Oppositionspartei CDU deckt den innenpolitischen Kurs der SPD, versucht allenfalls, sich mit Forderungen nach noch schärferem Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft zu profilieren, kann hier aber kaum punkten. So ist es auch in der parlamentarischen Aufarbeitung des von der Polizeiführung verantworteten offensichtlich ungesetzlichen verdeckten Einsatzes der Staatsschützerin Iris P. zur Ausforschung des Radiosenders FSK und der linken Szene rund um die Rote Flora. Mit Glück wird sich ein parlamentarischer Untersu-

chungsausschuss in der neugewählten Bürgerschaft durchsetzen lassen, der Hamburger Staatsschutz hat auch nach früheren Skandalen seine Spitzeltätigkeit gegen Linke nicht eingeschränkt, geschweige denn offengelegt. Dazu kommt: Der Einsatz von Iris P. begann schon zur Regierungszeit des rotgrünen Senates – offiziell im April 2001. Unter dem Innensenator Olaf Scholz.

Scholz kann sich als unangefochtener, auch autoritärer Vorsitzender der Hamburger SPD wie als Bürgermeister einer breiten Zustimmung in Partei und Wählerschaft erfreuen. 70 Prozent würden ihm laut Umfragen in einer Direktwahl des Bürgermeisters die Stimme geben, sein nahezu unbekannter Gegenkandidat von der CDU käme auf 18 Prozent. Kein Wunder, dass die Wahlkampagne der SPD so wirkt, als ständen hier Scholz und Friends zur Wahl: Scholz Konterfei zierte zahlreiche Großplakate in der Stadt, daneben oft nur ein Wort, wie „Kitausbau“ oder „Wohnungsbau“. Das Image des Machers kommt gut an beim Wahlvolk. „Hamburg weiter vorn“, der häufigste Slogan auf SPD-Plakaten, perpetuiert diese Vorstellung. Im Internet kursiert das Foto eines solchen garagengroßen Plakates mit der gesprühten Ergänzung „beim Abschieben“.

Die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge steht derzeit im Mittelpunkt der linken Protestaktionen in Hamburg. Unter dem Motto „Recht auf Stadt – Never mind the Papers!“ wird eine Teilhabe Geflüchteter am städtischen Leben gefordert: Wohnungen statt Lagerunterbringung, Daseinsfürsorge für Alle, auch ohne



Aufenthaltserlaubnis- und ein Ende der Abschiebungen. Am letzten Januarwochenende demonstrierten 8 000 mit diesen Forderungen und auf mehreren Wahlkampfveranstaltungen wurde lautstark dafür protestiert. Aber auch wenn das Eintreten der als Lampedusa-Flüchtlinge bekanntgewordenen Gruppe für ein kollektives Bleiberecht in der Stadt 2012 und 2013 zu einer über die antirassistischen Initiativen hinausreichenden Solidarisierung geführt hat – der SPD-Senat hat keinerlei Zugeständnisse gemacht, beharrt auf einer Einzelfallprüfung, die auch mit Abschiebung enden könnte. Außerdem lässt die Hamburger Ausländerbehörde auch jetzt im Winter Abschiebungsbescheide vollstrecken. Entsprechend des Bundesratsbeschlusses vom Dezember besonders vehement in die seit neuestem „sicheren Herkunftsstaaten“ auf dem Balkan.

Im Morgengrauen wurden am 16. Januar Hajika und Sabina Seferovic mit ihren kleinen Kindern Walentina und Ismihana in ein Flugzeug nach Bosnien gesetzt. Wegen Depressionen und Suizidgefahr wurden den Eltern noch Tabletten für drei Monate mitgegeben. Etwa 50 „UnterstützerInnen stellten sich in den Weg“, so die Abgeordnete der Linken Christiane Schneider: Beim Polizeieinsatz kam es zum Einsatz von „Pfefferspray, vereinzelt Schlagstock, ein Verletzter musste ins Krankenhaus.“ In Bosnien erwartete Familie Seferovic keine Wohnung. Sie kamen provisorisch bei Bekannten unter. Kein Einzelfall. Dabei erwarteten viele 2012 nach der Ernennung der neuen Leiterin der Ausländerbehörde, Johanna Westphalen, einen Kurswechsel zu mehr Humanität. Westphalen ist Mitglied der Grünen.

Gaston Kirsche

AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft

Die Linke hat bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg mit 8,5 % (2011: 6,4%) und elf Mandaten (2011: acht) ein überzeugendes Votum für eine starke linke und konstruktive Oppositionspolitik erhalten.

Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, neben weiter sinkender Wahlbeteiligung, der Einzug der AfD. Sie erhielt 6,1% der Stimmen und acht Mandate und ist damit erstmals in einem westdeutschen Landesparlament vertreten.

Die AfD hat rund 8000 vormalige NichtwählerInnen mobilisiert. Die CDU verlor 8000 WählerInnen an die AfD, 7000 die SPD, 4000 die FDP und je 1000 Linke und Grüne.

Eine gründliche Analyse steht noch aus. Auf den ersten Blick jedoch hat die AfD überdurchschnittlich hohe, teils zweistellige Stimmgebnisse vor allem in Stadtteilen mit niedrigem Durchschnittseinkommen und einem hohen Anteil an Hartz-IV-EmpfängerInnen erhalten, aber auch in Stadtteilen mit

kleinen Einfamilienhäusern und ausgeprägtem kleinbürgerlichem Milieu. In den wohlhabenden Stadtteilen erreichte sie eher durchschnittliche, teils niedrigere Werte. In den Stadtteilen mit hohem AfD-Stimmenanteil konnte Die Linke im Großen und Ganzen nur unterdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen.

Eine kurz vor der Wahl erschienene Umfrage der Universität Hamburg errechnete für die AfD ein Potenzial von bis zu 20%, das durch eine euroskeptische und vor allem rassistische Ressentiments befeuernde Anti-Zuwanderungs-Wahlkampagne zu erreichen sei. Doch gleichzeitig gibt es in der Stadt eine erfreulich ausgeprägte Solidarität mit Flüchtlingen und eine kaum weniger ausgeprägte Bereitschaft, die Vielfalt der Gesellschaft zu verteidigen. Das dürfte es der AfD erschweren haben, ihre Kampagne offensiv zu führen und ihr Potenzial auszuschöpfen.

Den Schwerpunkt hat die AfD im Wahlkampf auf die „Innere Sicher-

heit“, d.h. auf repressive und rassistisch geprägte Ordnungspolitik gelegt. An dieser Front tat sich vor allem Dirk Nockemann hervor, zu ihren Hochzeiten stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Schill-Partei und zeitweise Nachfolger von Schill im Amt des Innensensors. Er zeigte im Wahlkampf die Kampfnagel-Intendantin wegen eines Kunstprojekts an, weil es Lampedusa-Flüchtlingen gleichzeitig eine winterfeste Unterkunft bot.

Dass die AfD-Truppe in den Bezirksversammlungen, in denen sie seit 2014 vertreten sind, kaum auffällt, höchstens durch Inkompetenz, darf nicht täuschen. Mit der Bürgerschaft hat sie eine ganz andere Plattform für ihr Agieren. Gespannt darf man darauf sein, wie sich die CDU, die sich zuletzt vor allem als liberale Großstadtpartei definierte, auf die AfD einstellt. Die Linke hat sich festgelegt: Sie wird eine harte Auseinandersetzung führen und keinerlei Kooperation eingehen.

Christiane Schneider

Yanis Varoufakis: Keine Zeit für Spielchen in Europa

Wir haben uns bemüht, etwas Authentisches zu den Verhandlungspositionen der griechischen Regierung gegenüber der EU, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds aufzutreiben. Der einzige etwas ausführlichere Text stammt vom griechischen Finanzministers Varoufakis in der US-Zeitung „New York Times“ vom 16. Februar, also unmittelbar vor den gescheiterten Gesprächen mit den EU-Finanzministern veröffentlicht.

Forderungen, die ausreichend konkret wären, um sie in Solidarität mit dem geschundenen griechischen Volk gegenüber der Bundesregierung und den EU-Institutionen erheben zu können, sind in diesem Text nicht enthalten. Es bleibt also ein Dokument, was die unklare Lage eher beschreibt als erhellt. Aus der Informationsflut sind sowohl Einigungsmöglichkeiten als auch Bruchlinien zu erkennen. Die Koppelung der Schuldentilgung an die Entwicklung des BIP, wie sie die Tsipras-Regierung vorschlägt, könnte eine Möglichkeit sein (auch wenn ihm Moment gar keine Rückzahlung ansteht). Dass sich die Linksregierung die Option einer eigenen Zentralbank und des Ausscheidens aus dem Euro als Druckmittel (und vielleicht echte Option) offen hält, ist äußerst riskant; eine Situation von Parallelwährungen in Griechenland würde die soziale Spaltung eher erhöhen. Aber im Moment ist vieles Spekulation.

Wir haben den Text selber übersetzen müssen, da er in der deutschsprachigen Presse nur in Auszügen zu lesen war.

Alfred Küstler

Athen. Ich schreibe diesen Text am Rande einer entscheidenden Verhandlung mit Gläubigern meines Landes — eine Verhandlung, deren Ergebnis eine Generation prägen kann, und sogar einen Wendepunkt darstellen kann für das sich entfaltende europäische Experiment mit der Währungsunion.

Spieltheoretiker analysieren Verhandlungen, als wären es Spiele um die Aufteilung eines Kuchens zwischen egoistischen Spielern. Weil ich viele Jahre meines Lebens bislang in der akademischen Forschung der Spieltheorie verbracht habe, beeilten sich einige Kommentatoren zu vermuten, dass Griechenlands neuer Finanzminister eifrig dabei ist, Bluffs auszuarbeiten, Kriegslisten und fernliegende Optionen und darum kämpft, sein schwaches Blatt zu verbessern.

Nichts könnte der Wahrheit ferner sein.

Wenn mich etwas vor dem Hintergrund der Spieltheorie überzeugt hat, dann das, dass es reine Torheit wäre, zu glauben, die aktuellen Beratungen zwischen Griechenland und unseren Partnern könnten als eine Art Tarifverhandlungsspiel gewonnen oder verloren werden mit Bluffs und taktischen

Ausflüchten.

Das Problem mit der Spieltheorie ist, wie ich meinen Studenten zu sagen pflegte, sie macht Annahmen über die Motive der Spieler. Diese Annahmen sind im Poker oder Blackjack unproblematisch. Aber bei den aktuellen Beratungen zwischen unseren europäischen Partnern und Griechenlands neuer Regierung ist der springende Punkt, neue Motive zu schmieden. Um einen frischen Geisteswandel, der die nationalen Grenzen überwindet, der die Teilung in Gläubiger-Schuldner zugunsten einer gesamteuropäischen Perspektive auflöst und der das europäische Gemeinwohl über kleinliche Politik setzt, über ein Dogma, das, wird es verallgemeinert, alles vergiftet, diese Wir-gegen-die-anderen-Haltung.

Als Finanzminister einer kleinen finanziell gestressten Nation, der eine eigene Zentralbank fehlt und die von vielen unserer Partner als Problemschuldner gesehen wird, bin ich überzeugt, dass wir nur eine Möglichkeit haben: jeder Versuchung zu widerstehen, diesen Angelpunkt als ein strategisches Experiment zu behandeln, anstatt die Fakten über Griechenlands soziale Lage ehrlich zur Kenntnis zu nehmen, ebenso unsere Vorschläge für ein neues Wachstum Griechenlands, die auf dem Tisch liegen, wo wir erklären, warum diese im Interesse Europas liegen, und die roten Linien zur Kenntnis zu nehmen, die uns Logik und Pflicht gebieten.

Der große Unterschied zwischen dieser griechischen Regierung und früheren ist doppelt: Wir sind entschlossen, Konflikte mit mächtigen Partikularinteressen einzugehen, um Griechenland neu zu starten und das Vertrauen unserer Partner zu gewinnen. Wir sind ebenso entschlossen, nicht zu ertragen, als Schuldenkolonie behandelt zu werden, die erträgt, was sie muss. Das Prinzip der größten Sparsamkeit („austerity“) für die am meisten heruntergedrückte Wirtschaft wäre bloß kurios, wenn es nicht so viel unnötiges Leid verursachen würde.

Ich werde oft gefragt: Was ist, wenn der einzige Weg, wie Sie eine Finanzierung sichern können, der ist, Ihre roten Linien zu überschreiten und Maßnahmen zu akzeptieren, die Ihrer Meinung nach Teil des Problems und nicht seiner Lösung sind? Getreu dem Grundsatz, dass ich kein Recht habe zu bluffen, ist meine Antwort: die Linien, die wir als rote vorgelegt haben, werden nicht überschritten werden. Andernfalls wären sie nicht wirklich rot, sondern nur ein Bluff.

Aber was ist, wenn dies Euerm Volk so viel Leiden bringt, werde ich gefragt. Sicherlich müssen Sie bluffen.

Das Problem mit dieser Argumentationslinie ist, dass es, das geht zusammen mit der Spieltheorie, dass wir in einer Tyrannei der Folgen leben. Dass es keine Ausnahmen gibt, dass wir tun müssen, was Recht ist nicht als eine Strategie, sondern einfach, weil es ... Recht ist.

Gegen einen solchen Zynismus will die neue griechische Regierung innovativ sein. Wir unterlassen, egal mit welchen Konsequenzen, alle Geschäfte, die für Griechenland falsch und falsch für Europa sind. Das Spiel „verlängern und so tun als ob“, das begann, nachdem Griechenlands öffentliche Schulden im Jahr 2010 nicht mehr bedient wurden, werden wir beenden. Keine weiteren Kredite — nicht, bis wir einen glaubwürdigen Plan für das Wachstum der Wirtschaft haben, um diese Kredite zurückzuzahlen zu können, ein Plan, der der Mittelschicht wieder auf die Beine hilft und die abscheuliche humanitäre Krise beendet. Kein weiteres „Reform“-programm, das auf die armen Rentner zielt und die Apotheken in Familienbesitz, während die große Korruption unberührt bleibt.

Unsere Regierung bittet unsere Partner nicht um einen Ausweg, damit wir unsere Schulden nicht zurückzuzahlen müssen. Wir bitten um ein paar Monate der Finanzstabilität, die es uns gestattet, mit der Aufgabe der Reformen zu beginnen, die sich breite Teile der griechische Bevölkerung zu eigen machen und die sie unterstützen können, so können wir Wachstum zurückbringen und den Zustand beenden, dass wir unsere Schulden nicht zurückzahlen können.

Man könnte meinen, dass dieser Rückzug aus der Spieltheorie durch eine radikal linke Agenda motiviert ist. Aber das ist nicht so. Der große Einfluss hier kommt von Immanuel Kant, dem deutschen Philosophen, der uns gelehrt hat, dass Vernunft und Freiheit aus dem Reich der Notwendigkeit führen, indem man das Richtige tut.

Woher wissen wir, dass unsere bescheidene politische Agenda, die unsere rote Linie bildet, in Kants Begriffen das Richtige ist? Wir wissen das durch den Blick in die Augen der Hungernden in den Straßen unserer Städte oder indem wir auf unsere belastete Mittelschicht sehen oder indem wir die Interessen von hart arbeitenden Menschen beachten in jedem europäischen Dorf und Stadt innerhalb unserer Währungsunion. Schließlich wird Europa seine Seele nur wiedergewinnen, wenn es das Vertrauen der Menschen wieder erhält, indem es ihre Interessen in den Mittelpunkt stellt.

Yanis Varoufakis ist der Finanzminister von Griechenland.

Finnland: gesetzliches Verbot für „Nullstundenverträge“ gefordert

Die finnischen Gewerkschaftsverbände und ihre Mitglieder unterstützen mit aller Kraft eine Bürgerinitiative, mit der das Parlament gezwungen werden soll, ein gesetzliches Verbot von Nullstundenverträgen zu verhandeln und zu verabschieden. Vor allem junge Gewerkschaftsaktivisten/innen gehören zu den vehementesten Verfechtern der Initiative Operaatio vakiuuni (Operation feste Arbeitsplätze), die es sich zur Aufgabe gemacht hat, 50 000 Unterschriften zu sammeln und das Parlament, sofern es die Initiative annimmt, zu verpflichten, einen Gesetzesentwurf zu erarbeiten, der diese inzwischen in alle Beschäftigungssektoren hineinreichenden Verträge für ungesetzlich erklären soll. Zusätzlich zum Verbot von Verträgen ohne präzise Stundenangaben fordert die Initiative „Operation feste Arbeitsplätze“ eine garantierte 18-Stunden-Arbeitswoche für Teilzeitkräfte, bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte, die von Zeitarbeitsfirmen vermittelt werden, die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für Teilzeitbeschäftigte und eine Vorausinformation über die Arbeitszeiten bei Teilzeitverträgen.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 4.2.2015

Schweiz: Mit „Hire and Fire“ auf Expansionskurs

Viking River Cruise AG ist ein global operierendes, stark expandierendes Unternehmen mit Hauptsitz in Basel. In Europa beschäftigt es auf 40 Flusskreuzfahrtschiffen ca. 2000 Mitarbeiter. Ausgerechnet am 15. Januar 2015, also an jenem Tag, als die Schweizer Nationalbank den Franken-Mindestkurs von 1,20 gegenüber dem Euro aufhob, drängte das Unternehmen per Rundmail die Beschäftigten auf Schweizer Flussschiffen dazu, einer Umstellung ihrer Lohnzahlungen auf Euro zuzustimmen. Würden die Mitarbeiter nicht binnen elf Tagen einer solchen Umstellung zustimmen, würde automatisch der Lohn ab Januar in Euro ausgezahlt. Begründet wurde dieser Schritt mit der Einführung des Mindestlohns in Deutschland, wo die Schiffe u.a. unterwegs seien und entsprechend demnächst auch kontrolliert würden. Nach der kurzen Ankündigung, ohne Zustimmung der Mitarbeiter, wurden dann deren Januarlöhne anstatt in Franken in Euro zum Dezemberwechselkurs von 1,21 überwiesen. Auch wurden sämtliche Sozialbeiträge vom neuen, niedrigeren Lohn abgerechnet. Mittlerweile haben drei Mitarbeiter, die sich gegen diese Maßnahme freudlich, aber bestimmt wehrten, die Kündigung erhalten. Seit der Ankündigung der Firma vom 15.

Januar hatten sich zahlreiche Kollegen zusammengeschlossen und die Gewerkschaft Nautilus International eingeschaltet. Während das Management gegenüber Presse und Gewerkschaft jegliches Gespräch verweigert, kommuniziert es gegenüber den Mitarbeitern mit massiven Drohungen. Mehrfach wurden seitdem Mitarbeiter seitens des Managements mit der Bemerkung, sie hätten die „falschen Freunde“, aufgefordert, sie sollen neue, schlechtere Verträge unterschreiben, ansonsten würden sie gefeuert. Die Firma, die ihre Einnahmen von amerikanischen Kunden in Dollar bezieht, will nun eine Eskalation. Schweizer Gepflogenheiten, wie etwa eine sozialpartnerschaftliche Kommunikation, sind dem Unternehmen fremd. Man ist nur deshalb in der Schweiz, um von niedrigen Unternehmenssteuern, Sozialabgaben und eben einem schwachen Kündigungsschutz zu profitieren. Der Fall zeigt einmal mehr, wie wichtig der von Schweizer Gewerkschaften schon lange geforderte Ausbau des Kündigungsschutzes ist. Ebenfalls zeigt der Konflikt, wie wichtig eine grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit gegenüber solcherlei Global Players ist. Nautilus wird neben rechtlichen Schritten, nun europaweit zusammen mit Partnergewerkschaften, Kampagnen gegen diese Personalpolitik in Gutsherrenmanier lancieren.

Quelle: <https://nautilusint.org/ch>, 12.2.2015

Österreich: Pflege gegen Scheinselbstständigkeit

Die österreichische Gewerkschaft vida erneuert ihre Forderung nach einem Ende der 24-Stunden-Betreuung durch Pflegekräfte, die auf selbstständiger Basis arbeiten. „Wir wollen die 24-Stunden-Betreuung nicht abschaffen, aber wir fordern, dass die Beschäftigten zu fairen und legalen Bedingungen arbeiten können und entsprechend entlohnt werden. Die Pflegekräfte sollen bei Vereinen angestellt sein und nicht in eine Scheinselbstständigkeit gedrängt werden“, so Willibald Steinkellner, stellvertretender vida-Vorsitzender. Derzeit ist bei den selbstständigen PersonenbetreuerInnen weder die Einhaltung der gesetzlich vorgesehenen Lohn- noch der Arbeitsbedingungen sichergestellt, kritisiert Steinkellner: „Hier wurden ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse geschaffen, die durch die angebliche Selbstständigkeit zum Verzicht auf sozialrechtliche Absicherung und kollektivvertragliche Entlohnung gezwungen werden.“ Das Argument, wonach 24-Stunden-Betreuung bei einer Anstellung der Pflegekräfte deutlich teurer würde, weist der Gewerkschafter zurück: „Es kann nicht sein, dass

die Frage der Finanzierung auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Einmal mehr bekräftige ich die Forderung nach einer solidarischen Finanzierung der Pflege über Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern.“ Ein weiteres Hauptanliegen der Gewerkschaft vida bleibt die gesetzliche Verankerung einer Ausbildung zum Schutz der Pflegebedürftigen, aber auch der Beschäftigten: „Unser Ziel war und ist es, Pflege und Betreuung zu verbessern, sowohl aus Sicht der betreuten Personen als auch aus Sicht der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen“, so Steinkellner abschließend.

Quelle: <http://www.oegb.at> 13.2.2015

Italien: Landesweiter Bankenstreik

90% der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im Bankensektor nahmen Ende Januar an einem landesweiten Streik teil, nachdem der italienische Bankenverband (ABI) sich weigerte, einen nationalen Tarifvertrag abzuschließen. Die Gewerkschaften haben den Eindruck, dass die ABI darauf abzielt, den nationalen Tarifvertrag und seine Sicherheitsvorkehrungen zu zerlegen. Dies würde riesige Unterschiede bei Löhnen und bei der Behandlung der Arbeiter bedeuten und damit den Weg für einen massiven Stellenabbau öffnen.

Quelle: <http://www.gazzettadelsud.it>, 27.1.2015

Türkei: Anerkennung der Gewerkschaft bei Ikea

Unsere türkische Gewerkschaft im Handel, Koop-Is, hat Grund zum Feiern: nach einem langen und harten Kampf hat sie die Anerkennung bei Ikea sichergestellt. Koop-Is-Präsident Eyüp Alemdar erklärte, der Organisationsprozess sei ein entscheidendes Signal im Einzelhandel in der Türkei. „Ohne die friedlichen Beziehungen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgebern zu beeinträchtigen, werden wir durch die Mobilisierung der Sozialdialogmechanismen bei Ikea Türkei in der Lage sein, die Rechte und Freiheiten der ArbeitnehmerInnen zu verbessern“, betonte er. „Ich möchte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ikea Türkei zu ihrem Mut in diesem langwierigen und oft sehr schwierigen Prozess beglückwünschen.“ UNI bildete die globale Gewerkschaftsallianz bei Ikea im März 2012 in der türkischen Hauptstadt Istanbul. Delegierte aus 20 Gewerkschaften in 14 Ländern schlossen sich der Allianz an, um gemeinsam eine globale Lösung für lokale Probleme bei Ikea zu suchen. Die Allianz lancierte einen Mobilisierungsplan zur Unterstützung des türkischen Ikea-Personals, nachdem sich der türkische Ikea-Franchisenehmer Mapa weigerte, einen Dialog mit Koop-

Is aufzunehmen und sich einer gewerkschaftlichen Organisierung offen widersetzte. Die Gewerkschaft bei Ikea hat nun die Anerkennung durch das türkische Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit erhalten, was sie berechtigt, Verhandlungen im Namen der Beschäftigten zu führen. Die Leiterin von UNI Handel, Alke Boessiger, rief Ikea Türkei auf, die Entscheidung der türkischen Behörden zu respektieren und unverzüglich Verhandlungen für einen Tarifvertrag aufzunehmen. „Wir gratulieren allen Ikea-Angestellten in der Türkei zu diesem wichtigen Schritt auf dem Weg zur Gewinnung von Gewerkschaftsrechten“, betonte Alke Boessiger. „Für Ikea ist es nun an der Zeit, dem Beispiel anderer multinationaler Unternehmen wie MediaMarkt (Teil der deutschen Metro-Gruppe) zu folgen und mit Koo-Is unverzüglich Verhandlungen für einen Tarifvertrag aufzunehmen“. Ikea, der schwedische Möbel- und Haushaltgeräte-Hersteller, ist in 48 Ländern tätig. Ikea Türkei beschäftigt mehr als 1.800 Personen. Koo-Is vertritt über 770 Mitglieder in Ikea-Geschäften in der Türkei.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org>, 20.1.2015

Kenia: Streik in Textilfirma

Eine Woche lang streikten rund 7000 Beschäftigte der Ashton Apparels in Mombasa für die Wiedereinstellung von 120 KollegInnen. Entlassungsgrund: Sie waren der Tailors and Textiles Workers Union (TTWU) beigetreten. In dem Bericht „Union rights victory at Ashton Apparels in Kenya“ am 15. Januar 2015 bei IndustriAll wird hervorgehoben, dass die Belegschaft spontan in den Streik getreten war und erst nach einem Gerichtsurteil für die sofortige Wiedereinstellung zusammen mit den Entlassenen wieder die Arbeit aufnahm.

<http://www.industrialall-union.org>, 18.1.2015

Kamerun: Kampf um Streikrecht

Fiooko Patrice von der der ITF angeschlossenen Gewerkschaft Syndicat des Employés du Secteur des Transports Terrestres (Synester) wurde am 19. Januar 2015 in Kamerun bei der Verteilung von Flugblättern, die für einen geplanten Streik warben, verhaftet und wegen der Beteiligung an Straftaten, Volksverhetzung und terroristischen Aktivitäten zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt. Am 16. Januar waren bereits zwei weitere Gewerkschaftsvorsitzende aufgrund derselben Anschuldigungen verhaftet worden: der nationale Präsident der Synester Jean Collins Ndefossokeng und Joseph Deudie, der Präsident der Synacprocam. Die beiden werden vom Sicherheitsdienst von Yaoundé (Mo-

bile Intervention Group) festgehalten. Die ITF und alle Straßentransportgewerkschaften in Kamerun hatten sich bereits schriftlich an den Premierminister von Kamerun und den Minister für Verkehr und soziale Sicherheit gewandt, um die sofortige Freilassung von Ndefossokeng und Deudie zu fordern. Die beiden Gewerkschaften hatten ursprünglich für den 5. Januar zum Streik gegen von staatlich anerkannten Versicherungsgesellschaften auferlegte Veränderungen aufgerufen, der dann auf den 19. Januar verschoben wurde. Die Versicherer wollen Prämienzahlungen für Fahrzeughalter nicht mehr monatlich, sondern nur noch alle drei Monate auszahlen und bei Unfällen für Fahrer keinen Versicherungsschutz mehr gewähren. Bei der Organisation des Streiks hatten die Gewerkschaften alle in Kamerun geltenden rechtlichen Vorschriften eingehalten. In seinem Schreiben an den Premierminister Philemon Yang erklärte ITF-Generalsekretär Steve Cotton: „Wir bestreiten diesen Vorwurf [terroristische Akte], da echte Gewerkschafter/innen wegen ihrer Teilnahme an rechtmäßigen Aktionen zum Schutz der Interessen ihrer Mitglieder häufig als ‚Terroristen‘ gebrandmarkt werden.“ „Die beiden anderen Gewerkschaften in Kamerun haben als Reaktion auf diese unbefugte Inhaftierung Proteste für die sofortige Freilassung der beiden Gewerkschaftsvorsitzenden organisiert. Die ITF unterstützt ihre Forderung nachdrücklich und bittet Ihr Büro um dringende Intervention, um ihre unverzügliche und bedingungslose Freilassung zu veranlassen.“ Synester und Synacprocam haben ein Dringlichkeits-treffen aller kamerunischen Straßentransportgewerkschaften einberufen, um ihre Antwortstrategie zu planen und solidarische Unterstützung aufzubauen.

Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 30.1.2015

China: Kritik an Foxconn wegen Todesfällen

Die All-China Federation of Trade Unions (ACFTU) hat öffentlich Kritik an Foxconn wegen der exzessiven Überstunden geübt. Foxconn ist der größte private Arbeitgeber in China, beschäftigt 1,2 Millionen Arbeitnehmer und produziert einen großen Anteil der Elektronik der Welt. Am 2. Februar hat der ACFTU Parteisekretär Guo Jun öffentlich die übermäßigen Überstunden bei Foxconn kritisiert. Guo hat die Kritik mit den Arbeiterselbstmorden und Todesfällen durch Überarbeitung in dem riesigen Fabrikkomplex verbunden. In einem offenen Brief vom 3. Februar hatte Foxconn die Frechheit zu behaupten, dass „es keinen Zusammenhang zwischen ständigen Überstunden und Todesfällen

durch Überarbeitung oder Selbstmord gäbe“ und die berüchtigten Serienselbstmorde in 2010 als „bedauerliche Vorfälle von ein paar einzelnen Arbeitern“ bezeichnet. In dem Schreiben sprach das Unternehmen von den Selbstmorden, als wären sie eine Sache der Vergangenheit, und behauptete, Foxconn würde kontinuierlich daran arbeiten, die Probleme seit 2010 zu korrigieren. Diese Aussagen wurden von der iLabour Action Group, einer Gruppe junger Wanderarbeiter, aufgrund von Kontakten zu Foxconn-Beschäftigten in einem offenen Brief an Foxconn wiederlegt.

Quelle: <http://www.labornotes.org>, 6.2.2015

Südkorea: McDonalds-Beschäftigte protestieren

Beschäftigte von McDonalds in Seoul haben gegen ihre Arbeitsbedingungen protestiert und dabei vorübergehend ein Restaurant besetzt. Außer den Managern haben fast alle Beschäftigte nur Teilzeitverträge, die noch dazu befristet sind. Bezahlt wird nur der Mindestlohn von 5.580 Won, das sind umgerechnet etwa 4,50 € die Stunde. Außerdem beklagen sie eine willkürliche Zeiteinteilung mit oft nur einem Tag Vorlauf. Sie fordern regelmäßige Arbeitszeiten und 10000 Won in der Stunde. Quelle: www.umwaelzung.de, 9.2.2015

Brasilien: Streik bei VW beendet

Mehrere tausend Menschen hatten im Großraum der brasilianischen Millionenmetropole São Paulo gegen Entlassungen bei den deutschen Autobauern Volkswagen und Daimler protestiert. Die Polizei sprach von rund 7000 Teilnehmern, die Veranstalter von bis zu 20000. Nach einem elftägigen Streik bei Volkswagen in Brasilien hat der deutsche Autohersteller mit der Gewerkschaft eine Einigung erzielt. Die Einigung zwischen Volkswagen und der Gewerkschaft beinhaltet insbesondere die Rücknahme von rund 800 Entlassungen. Die Einigung sei auf einer Gewerkschaftsversammlung einstimmig angenommen worden, sagte eine Gewerkschaftssprecherin gegenüber der Nachrichtenagentur DPA in São Paulo. Der Streik sei damit beendet und die Produktion beginne am 19.1. wieder. Volkswagen do Brasil zeigte sich in einer Mitteilung zufrieden über die Einigung. Die Anpassung bei der Belegschaft werde auf freiwilliger Basis umgesetzt, hieß es. Hintergrund der Kündigungen war der allgemeine Rückgang bei den Verkaufs- und Produktionszahlen auf dem brasilianischen Automarkt. Die Gewerkschaft hatte mit Protestmärschen und Streiks auf die Maßnahmen reagiert.

Quelle: <http://www.wirtschaft.ch>, 16.1.2015



Scharfe Kritik am neuen Expertenkreis Antisemitismus – Alternative Kommission geplant

BERLIN. Führende jüdische Wissenschaftler und Antisemitismusexperten haben die Zusammensetzung der neuen Antisemitismus-Kommission beim Bundesministerium des Innern (BMI) und den bisherigen Umgang mit der Problematik scharf kritisiert. Da wichtige Expertisen und jüdische Perspektiven fehlen, planen das Moses Mendelssohn Zentrum, das American Jewish Committee und die Amadeu Antonio Stiftung die Gründung einer alternativen Expertenkommission. In dem erstmals am 19. Januar 2015 tagenden Expertenarbeitskreis Antisemitismus wurden durch das Bundesinnenministerium acht Wissenschaftler und Pädagogen benannt, von denen kein einziger jüdischer Herkunft ist. „Das ist ein einzigartiger Skandal“, erklärt Julius H. Schoeps, Gründungsdirektor des Moses Mendelssohn Zentrums für europäisch-jüdische Studien in Potsdam. „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Bundesinnenminister müssen sich die Frage gefallen lassen, warum richtungsgebende deutsche Antisemitismus-Forscher in diesem Gremium fehlen und wieso auf die Expertise und Beratung jüdischer Wissenschaftler und Fachleute aus den jüdischen Organisationen und Gemeinden offensichtlich kein Wert gelegt wird.“ „Niemand käme auf den Gedanken, eine Konferenz zum Islammass ohne muslimische Vertreter oder einen Runden Tisch zur Diskriminierung von Frauen ohne Frauen anzusetzen“, kritisierte auch die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane.

www.amadeu-antonio-stiftung.de/

Stellungnahme zum Regierungsbericht über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“

BERLIN. Netzwerke und Dachorganisationen der Zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung fordern die Bundesregierung zu einer aktiven und wertorientierten Friedenspolitik auf. Anlass ist der vierte Umsetzungsbericht des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, der morgen im Bundestag diskutiert wird sowie die ebenfalls morgen beginnende Münchener Sicherheitskonferenz. Angesichts der aktuellen Krisen wie z.B. in der Ukraine und in Syrien kommt der Krisenprävention eine gestiegene politische Beachtung zu. Diese spiegelt sich noch nicht in Entscheidungen und finanziellen Mitteln wider. „Wir begrüßen, dass zivile Krisenprävention nicht mehr mit Sicherheitspolitik im Sinne des Schutzes deutscher Interessen gleichgesetzt wird“, sagt Christoph Bongard von der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. „Der ‚Vorrang für das Zivile‘ und

die Notwendigkeit eines friedenspolitischen Leitbildes für die deutsche Politik wird anerkannt.“ Konkret vermissen die Netzwerke aber Investitionen in die Friedensforschung und eine Querschnittsverankerung der Menschenrechte. „Es fehlt ein breiter Blick auf Konfliktursachen, der auch kontroverse Handlungsfelder deutscher Politik – beispielsweise Rüstungsexporte – benennt“, so Bernd Bornhorst vom Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO). Zivilgesellschaft werde im Bericht als wichtiger Akteur anerkannt. Nicht selten sei Zivilgesellschaft aber massiven Bedrohungen und Repressalien ausgesetzt wie z.B. in Ägypten, Aserbaidschan und in Mexiko. Auf die Frage, wie zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und die Handlungsräume gesichert werden könnten, liefere der Umsetzungsbericht keine überzeugenden Antworten. Die Netzwerke und Dachorganisationen fordern der Bundesregierung auf, die vorhandenen Möglichkeiten zum Dialog mit der Zivilgesellschaft in Deutschland und Krisenländern stärker zu nutzen und die Umsetzung gemeinsam voranzutreiben.

venro.org/presse/

18. MÄRZ: EZB-Eröffnung? Nicht ohne uns!

FRANKFURT. Das Ergebnis der Parlamentswahl in Griechenland ist ein politisches Erdbeben in der Europäischen Union: Die griechischen Wähler_innen haben die zerstörerische Sparpolitik radikal abgewählt, die neue Regierung hat die Kontrolleure der Troika vor die Tür gesetzt und will Verhandlungen führen mit dem Ziel, einen Teil der Staatsschulden zu streichen. Wenn der Politikwechsel in Athen erfolgreich ist, dann hat das weitreichende Auswirkungen nicht nur auf die Chancen linker Parteien in Spanien und Portugal bei den kommenden Wahlen, sondern auf die gesamte EU – denn in allen Mitgliedsstaaten leiden Millionen unter brutalen, unsocialen „Reformen“! Genau darum geht es bei den internationalen Protesten am 18. März in Frankfurt, für die das Blockupy-Bündnis anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes der Europäischen Zentralbank mobilisiert: Menschen aus ganz Europa werden dort unmissverständlich deutlich machen, dass sie einen grundsätzlichen Bruch mit der Troika-Politik wollen. Griechenland verdient unsere Solidarität – es geht um eine soziale und demokratische Neugestaltung der gesamten Europäischen Union! Mit den Blockupy-Protesten, an denen sich viele Attacies beteiligen, sind wir in direktem Kontakt mit den Bewegungen, Bündnissen und Parteien, die sich nicht nur in Griechenland, sondern in immer mehr europäischen Ländern für ein solidarisches und demokratisches Europa einsetzen. Gemeinsam können wir die neoliberale Politik der Zerstörung stoppen!

www.attac.de/

Paritätischer fordert Abschaffung der Pflege-Noten und kompletten Neustart beim Pflege-TÜV

BERLIN. Der Paritätische Wohlfahrtsverband unterstützt die Unions-Forderung nach einer Abschaffung der umstrittenen Pflege-Noten und spricht sich für einen kompletten Neustart beim so genannten Pflege-TÜV aus. Bisher werde die tatsächliche Lebensqualität der Pflegebedürftigen bei der Bewertung von Pflegeeinrichtungen weitestgehend ausgeblendet. Der Verband verweist auf vorliegende bereits erprobte Alternativkonzepte für die Qualitätsprüfung in Altenheimen und appelliert an die Pflegekassen, endlich den Weg frei für echte Reformen zu machen. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Lebensqualität des einzelnen bisher als Prüfkriterium keinerlei Rolle spielt. Der Maßstab für eine würdige Pflege im Alter muss das Wohlbefinden der Pflegebedürftigen sein und nicht die Menge an Papier, die für die Dokumentation von Arbeitsabläufen verwendet wird“, kritisiert Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes.

Der Verband verweist darauf, dass mit dem an der Universität Bielefeld entwickelten so genannten Wingefeld-Modell bereits seit 2011 ein alternatives, praktikables und aussagekräftiges Konzept und Instrumentarium zur Beurteilung der Lebens- und Ergebnisqualität in Altenheimen vorliegt. Dieses werde bereits an mehreren Standorten bundesweit erfolgreich eingesetzt. Die flächendeckende Umsetzung scheitere bisher jedoch am Widerstand der Pflegekassen. „Wir können nicht verstehen, warum sich die Kassen seit vier Jahren weigern, dieses Modell jetzt auch vertraglich zu vereinbaren“, so Hesse.

www.der-paritaetische.de

Rechte Hetze gegen Flüchtlinge – Eine Chronik der Gewalt 2015

BERLIN. In Deutschland werden immer mehr gewalttätige Angriffe auf Flüchtlinge gezählt. Auch die rassistische Hetze nimmt zu – ob auf Facebook oder auf der Straße. Demonstrationen an denen sich rechtsgerichtete Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Rechtsextremen in großer Zahl beteiligt haben, werden in den letzten Wochen deutschlandweit immer häufiger. Nicht ausschließlich muslimische Menschen, sondern auch Geflüchtete im Land sind von der Hetze und Stimmungsmache betroffen und geraten zunehmend in Gefahr. Die Amadeu Antonio Stiftung führt gemeinsam mit Pro Asyl eine Chronik der Gewalt, die auf erschreckende Weise zeigt, dass neben der rassistischen und rechten Mobilisierung auf der Straße auch Onlinehetze zu tatsächlichen Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte führt. Im Jahr 2014 zählten die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl einen deutlichen Anstieg von Angriffen gegen Flüchtlingsunter-

künfte. Für das vorangegangene Jahr lassen sich insgesamt 69 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte zählen, darunter 34 Brandstiftungen. Zudem haben wir Kenntnisse von 60 tätlichen Übergriffen auf Einzelpersonen. Schon 2013 war laut Bundeskriminalamt die Anzahl der Gewalt- und Propagandadelikte auf mehr als das Doppelte gegenüber dem Vorjahr (2012: 24 / 2013: 58) gestiegen. Asylsuchende werden deutschlandweit derzeit zur Zielscheibe rassistischer und rechter Hetze. Neben Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen als Spitzenreiter sind die meisten Bundesländer mehrfach vertreten. Im Jahr 2014 sind bisher nur das Saarland und Bremen nicht aufgefallen.

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de

Aufruf zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2015: Zusammenhalten gegen Rassismus

DARMSTADT. Noch nie gab es in Deutschland so viele und so große Demonstrationen für kulturelle Vielfalt und gegen den Hass und die Diskriminierung von Minderheiten. Breite Bündnisse stellen sich entschieden gegen rassistische Argumente und Versammlungen. Bundesweit gibt es eine große Solidarität und vielfältige Initiativen für die Aufnahme und für würdige Lebensbedingungen für Menschen auf der Flucht. Gleichzeitig gibt es wieder mehr Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen. Populisten, Rechtsextremisten und rassistische Demonstrationen schüren Ängste und Hass gegen Flüchtlinge, Muslime, Roma, Juden und andere Minderheiten. Diese menschenfeindliche Stimmungsmache ist keine Randerscheinung und kommt auch aus der Mitte der Gesellschaft. Weltweit wurde der 21. März zum Internationalen Tag gegen Rassismus ausgerufen. In Anbetracht der jüngsten Ereignisse hat dieser Tag für Deutschland in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus und der Interkulturelle Rat in Deutschland befürworten daher zum UN-Tag gegen Rassismus am 21. März 2015 Veranstaltungen und Demonstrationen. Wir sind dankbar, wenn Sie sich an den Internationalen Wochen gegen Rassismus beteiligen und auf unseren folgenden Aufruf hinweisen. www.interkultureller-rat.de

Präventionsgesetz muss behinderte Menschen einbeziehen SoVD: „Perspektive der Betroffenen fehlt!“

BERLIN. Der Sozialverband SoVD hält Nachbesserungen beim geplanten Präventionsgesetz für notwendig. „Gute Absichten allein reichen nicht aus, wenn das Gesetz seine Ziele erreichen soll. Deshalb muss der Bundesrat Korrekturen bewirken. Insbesondere Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sowie Patientinnen und

Patienten werden bisher nicht genügend berücksichtigt“, sagt SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der Beratung des Gesetzes am Freitag im Bundesrat. Der Verbandspräsident fordert zudem eine stärkere Einbeziehung der Arbeitgeber sowie der privaten Kranken- und Pflegeversicherung. „Gegenwärtig verengt der Gesetzentwurf die Leistungen der Prävention zu sehr auf die gesetzlichen Krankenkassen. Daraus erwächst die Gefahr von Leistungsverchiebungen auf Kosten der Versicherten“, warnt Bauer. Mit einer umfassenden Stellungnahme bezieht der SoVD Position zum Präventionsgesetz (PräVG). Seit seiner Gründung setzt sich der SoVD für behinderte und pflegebedürftige Menschen sowie Patientinnen und Patienten ein. Das Bundesministerium für Gesundheit erkennt den Verband als eine von sechs „maßgeblichen Organisationen“ an, welche die Interessen pflegebedürftiger und behinderter Menschen vertreten.

www.presseportal.de/

Abschiebung nicht nur dramatischer Einzelfall, sondern Dammbbruch für eine Abschiebewelle!

KÖLN. Im Rahmen einer Sammelabschiebung wurde am 20.1.2015 Frau Ametovic mit ihren sechs schwer erkrankten Kindern nach Serbien (Nis) abgeschoben. Jetzt werden die Konsequenzen des Gesetzes über sichere Herkunftsstaaten in drastischer Weise deutlich. Mitten im Winter ist diese Mutter mit sechs kranken Kindern – trotz zahlreicher Proteste von Flüchtlingsinitiativen und in voller Kenntnis der Fallproblematik – abgeschoben worden.

Die Familie lebt nun unter unerträglichen Bedingungen in einer informellen Roma Siedlung, ohne Heizung und sanitäre Anlagen, eines der Kinder musste bereits in ein Krankenhaus eingewiesen werden, die Betreuung der anderen Kinder ist nicht sichergestellt... Der Fall der Familie Ametovic ist nicht „nur“ ein dramatischer Einzelfall. Er steht auch exemplarisch für eine Politik, die Roma aus den Westbalkanstaaten den Status schutzbedürftiger Flüchtlinge verweigert. Er könnte der Beginn einer Abschiebewelle sein, die tausende Roma aus Deutschland betrifft. Kurz vor der Zustimmung zum Gesetz über sichere Herkunftsstaaten im September 2014 durch den Bundesrat, hatten wir vor einer Politik gewarnt, die Verständnis für Ängste und Feindseligkeiten in der Bevölkerung signalisiert. Bundesinnenminister Thomas de Maizière meinte schon damals, es ginge vor allem darum, „das Instrument der Abschiebung wieder praktikabel“ zu machen. Über Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten behauptete er kurzerhand, sie benötigten keinen Schutz und „belasteten“ das Asylsystem. Im Bundestag war zuvor versucht worden, „gute“ Flüchtlinge (aus Syrien) gegen „schlechte“ Flüchtlinge (Roma aus Westbalkanländern) auszuspielen. Bundesinnenminister de Maizière meinte, um die „großen Aufnahmebereitschaft“ für die „wirklich Schutzbedürftigen“ zu erhalten, sei die Gesetzesverschärfung erforderlich. Menschenrechte gelten jedoch für alle und nicht nach regierungsamtlich produzierten Vorurteilen.

www.grundrechtekomitee.de

Mit internationaler Solidarität zu existenzsichernden Löhnen weltweit?

BERLIN. Das Thema und Ziel existenzsichernder Löhne zieht sich als roter Faden durch das diesjährige Aktionstreffen, wie auch durch die Aktivitäten der Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, CCC). Sie stellen eine Kernforderung der CCC und vieler AktivistInnen in Produktionsländern der globalen Textil- und Modeindustrie im globalen Süden dar. Denn der Mangel an existenzsichernden Löhnen steht im Zusammenhang mit weiteren Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen, unter denen besonders Frauen leiden: dem Gefangensein ganzer Familien und Generationen in Armut und der Abhängigkeit von Jobs mit unzumutbar vielen Überstunden und gesundheitsschädlichen, wenn nicht gar tödlichen, Bedingungen. Eine zentrale Frage des Aktionstreffens wird sein,



mit welchen Mitteln existenzsichernde Löhne erreicht werden können. Ist das Textilbündnis des deutschen Entwicklungsministeriums ein Schritt in die richtige Richtung oder braucht es verbindliche Regelungen auf EU-Ebene? Sind Produktsiegel zielführend und gehen die Reformpläne von FLO-Cert hier in die richtige Richtung? Welche internationalen Allianzen sind nötig? Außerdem geht es um die Ausbeutung junger Frauen im Sumangali-System in Indien, die Sportartikelherstellung, den Baumwollanbau und Vieles mehr.

www.saubere-kleidung.de/

Hamburgs Staatschutz im Einsatz:

Ein Verstoß gegen Persönlichkeitsrechte und das Presserecht

Die Staatsschutzbeamtin Iris P. war in Hamburgs radikaler Linker parallel als „verdeckte Beobachterin zur Lageaufklärung“ und als „verdeckte Ermittlerin“ unterwegs.

Seitdem am 3. November eine autonome Recherchegruppe im Nachhinein die Umstände ihres bis zu sechs Jahre langen Einsatzes unter <http://verdeckteermittler.blogspot.eu> öffentlich gemacht hat (siehe Gegenwind 315 und 316), gelangen durch die anhaltenden Nachforschungen Betroffener und oppositioneller Abgeordneter von Grünen und Linken immer mehr Einzelheiten an die interessierte Öffentlichkeit. Iris P., Beamtin des LKA, Abteilung Staatschutz, drang, soviel ist mittlerweile eingeräumt worden, offiziell beauftragt seit dem 1. August 2001 bis zum 31. März 2006 als „Iris Schneider“ in die Privatsphäre von Dutzenden Linken ein, die sich ausforscht sehen. Der direkte Anleiter von „Iris Schneider“ heißt im Polizeijargon der „VE-Führer“. Ihr „VE-Führer“ hat nach Angaben von Bernd Krösser, Sicherheitschef der Hamburger Innenbehörde, erklärt, die von ihr ermittelten Informationen seien selbstverständlich äußerst professionell trennscharf sortiert worden. Selbst dem Staatschutz gegenüber wohlwollenden Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft und JournalistInnen fällt es schwer, hier eine Rechtmäßigkeit zu behaupten. Begründet wurde ihr Einsatz vom Staatschutz mit Brandanschlägen aus der linken Szene. „Eine schriftliche Begründung für den Einsatz konnte nicht mehr gefunden werden“, sagte Krösser. Überhaupt seien fast alle Dokumente aus Gründen des Datenschutzes gelöscht. Dies klingt angesichts ihres vermutlich sogar formal rechtswidrigen doppelten Einsatzes wie eine Schutzbehauptung.

Denn als „verdeckte Beobachterin zur Lageaufklärung“ unterlag sie dem Polizeirecht, dem Hamburger Landesgesetz über die Datenverarbeitung der Polizei (DVPoG), nach dem sie allgemeine Informationen zur Lagebeurteilung der Entwicklung in der linken Szene ausforschen sollte, aber ausdrücklich keine personenbezogenen Daten, dass Betreten von Wohnungen ist einer verdeckten Beobachterin ausdrücklich untersagt. Dagegen unterlag sie als „verdeckte Ermittlerin“ der Strafprozessordnung (StPO), im Rahmen von Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft, BAW, lautete ihr Auftrag, personenbezogene Daten zusammenzutragen, auch in Wohnungen danach zu suchen, jedwedes belastende Material gegen konkrete Personen zur Anklageerhebung

in Strafprozessen an LKA und BKA weiterzugeben. Gemein ist sowohl der Lageaufklärer als auch der Ermittlerin das verdeckte Auftreten unter cover, mit einer gefälschten Personenidentität und Legende.

So erschien es dem Hamburger LKA wohl eine gute Gelegenheit, die in der linken Szene gut vernetzte Beamtin parallel in sich nach Gesetzeslage offenkundig gegenseitig ausschließenden Funktionen einzusetzen. Und nicht wegen Amtshilfe für die BAW auf eine wertvolle Quelle zur Bespitzelung Linker für den Staatschutz zu verzichten. Hamburgs Datenschutzbeauftragter Johannes Caspar bleibt da vorerst nur die Rolle des machtlosen Mahners: „Es muss rechtsstaatliche Regeln geben, an denen der Bürger erkennt, was ein verdeckter Ermittler darf und was nicht.“

Ob „Iris Schneider“ mit ihrem VE-Führer vom Hamburger LKA Ching, Chang, Chong gespielt hat, wenn es um die Zuordnung erschlichener Daten zum Polizeirecht oder zum Strafrecht ging, bleibt wie fast das gesamte Innenleben des Staatschutzes an der Elbe der Öffentlichkeit verborgen. Sicher ist, dass Berichte von Iris P. auch in Akten zumindest des Hamburger Verfassungsschutzes landeten, es folglich mehrfach ausgeschlachtet wurde, ob bei Spieleabenden in Wohngemeinschaften Autonomer eher Brett- oder Kartenspiele bevorzugt wurden, wie der Fernsehkonsum von Kindern geregelt ist, deren Eltern verdächtigt werden, nachts Farbbeutel auf Villen von Politikern geworfen zu haben, wie originell die Passwörter auf den Computern von queerfeministischen Kickboxerinnen sind, oder ob es beim wöchentlichen Plenum der Roten Flora eher Zoff um Mackerverhalten auf Technoparties als um Erklärungen zur Israelsolidarität gab.

Lagen eigentlich die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz der verdeckten Ermittlerin vor, formulierte der Anwalt Ralf Ritter auf einer Veranstaltung in der Roten Flora am 11. Dezember eine naheliegende, ungeklärte Frage: Und gab es überhaupt den Verdacht einer terroristischen Vereinigung, der den Einsatz einer verdeckten Ermittlerin im Auftrag der BAW begründen könnte?

Hamburgs Innensenator Michael Neumann, SPD, hat sich in der letzten Sitzung des Innenausschusses am 9. Dezember erwartungsgemäß hinter das Vorgehen des Staatschutzes gestellt, die Verantwortung für den Einsatz auf die BAW abgeschoben und jede offene Kritik an der Polizeiführung des Landes vermieden. Vor dem Kontrollgremium

der Hamburgischen Bürgerschaft ließ sich Neumann zwar zusammen mit Sicherheitschef Krösser und Polizeipräsident Ralf Meyer von den Abgeordneten befragen, aber die meisten Antworten blieben vage, mit Formulierungen wie „nach bisherigem Kenntnisstand“ wurde Offensichtliches zugegeben und gleichzeitig das Szenario einer nahezu permanenten Gefährdung von Ruhe und Ordnung durch Brandanschläge, militante Aktionen und zivilen Ungehorsam an die Wand des Sitzungssaales 151 im Hamburger Rathaus gemalt. Als Bedrohung der Ordnung wurden dabei zahlreiche antifaschistische Demonstrationen sowie Solidaritätsaktionen mit Bauwagenplätzen gegen deren Räumung aufgelistet. Konkreter Auslöser für den Einsatz von Iris P. sei eine angebliche Zunahme von Straftaten aus dem linken Spektrum gewesen, erklärte Polizeipräsident Ralf Meyer, eine „Autonome Zelle in Gedenken an Ulrike Meinhof“ hätte sich 1999 zu mehreren Brandsätzen bekannt, die sie aus Protest gegen die rigorose Abschiebepolitik gelegt haben.

Dazu passt, dass sich Iris P. bereits im Jahr 2000 in der linken Szene umgesehen hat, etwa in der Roten Flora bereits Kontakte knüpfte, wie die autonome Recherchegruppe feststellte. Nebulös ist seitens der Polizeiführung von einer „Einarbeitungsphase“ der Beamtin die Rede. Dies steht im Widerspruch zu ihrer offiziellen Laufbahn, nach der sie dem LKA, Abteilung Staatschutz erst zum 1. April 2001 zugeordnet wurde. Bereits am 20. April 2001 begann ihr bis zum 31. Juli andauernder „vorbereitender Einsatz“ nach dem Polizeirecht. Durch die von Iris P. eifrig betriebene Ausforschung der linken Szene wurde aus der Beamtin auf Probe schnell eine ebensolche auf Lebenszeit, die von ihrem Einkommen Wohneigentum bildet und im Vorgarten ihres Reihenhauses einen Gartenzwerg in den Deutschlandfarben aufgestellt hat. Der Karriere war ihr Einsatz zur Ausforschung und Strafermittlung gegen die linke Szene dienlich. Bis jetzt.

Denn während der Sitzung des Innenausschusses am 9. Dezember begannen Polizeipräsident Meyer und Innenbehörden-Sicherheitschef Krösser, sich von ihr abzusetzen: Das Eingehen von Liebesbeziehungen mit Zielpersonen einer verdeckten Ermittlung sei ein „No-Go“, so Meyer, sei dies bekannt gewesen, wäre der Einsatz von Iris P. sofort abgebrochen worden. Im LKA hätte davon aber niemand etwas gewusst, auch ihr VE-Führer nicht. Krösser betonte, auch ihre Mitarbeit im Radiosender FSK sei nicht bekannt gewesen, es sei davon ausgegan-

gen worden, dass Treffen mit Redaktionsmitgliedern von FSK außerhalb der Redaktionsräume stattgefunden hätten, der Sender selbst nicht ausgeforscht worden sei.

Die Behauptungen, von den Liebesbeziehungen der verdeckten Ermittlerin und ihrer aktiven Mitarbeit im Radiosender FSK sei dem LKA über die Jahre nichts bekannt geworden, wirken angesichts der regelmäßigen Berichtspflicht der Beamtin absurd. Zumal davon ausgegangen werden kann, dass die legendäre, aufwendig betriebene Liveberichterstattung des linken Senders FSK von antifaschistischen Demonstrationen und Bauwagenplatzräumungen nicht nur in Einsatzwagen mitgehört, sondern auch

beim Staatsschutz ausgewertet wurde (und wird). Iris P. hat in ihrem Eifer ja sogar solche Sendungen moderiert und Livebeiträge geliefert.

„Da fehlt mir jede Fantasie, dieser Einsatz könne irgendwie rechtmäßig sein“, erklärte Anwalt Ralf Ritter zur verdeckten Ermittlung von „Iris Schneider“ in mehreren Redaktionsgruppen des Freien Senders Kombinales, FSK. Von 2003 bis 2006 dauerte der Eingriff in die Pressefreiheit an. Inwieweit der Einsatz überhaupt verhältnismäßig gewesen sein könne, bei einer juristischen Nutzen-Schaden-Abwägung: „Da ist auf der Schadensseite so viel, die Rundfunkfreiheit, die im Grundgesetz steht und ein ganz hohes Gut ist“, so Ralf Ritter.

Neben den beiden längeren Liebesbeziehungen, die Iris P. mit auszuforschenden Personen aus der linken Szene führte, wollen weder das BKA, noch das LKA oder ihr „VE-Führer“, vom Bspitzeln der Redaktionsarbeit etwas gewusst haben. Na klar. Wer es glaubt wird selig. Gewiss ist: Iris P. ist nicht die letzte verdeckte Ermittlerin. Der Staatsschutz forscht weiter linke Gruppierungen aus. Am 19. Dezember wurde der Dienstwagen des Hamburger Sozialsenators Detlef Scheele vor dessen Wohnhaus angezündet. „Jetzt ermittelt der Staatsschutz“ stand in Bild Hamburg. Sicher auch verdeckt.

Moritz Herbst

Hamburg: 8000 demonstrieren für Rechte Geflüchteter

Am Samstag, den 31. Januar, gingen bis zu 8000 Menschen für Solidarität mit Geflüchteten und gleiche Rechte für alle in Hamburg auf die Straße. Unter dem Namen „Recht auf Stadt – Never mind the Papers“ hatte sich im November ein neues Bündnis gegründet mit dem Ziel, im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl, die am 15. Februar stattfindet, die Themen Bleiberecht, Wohnraum, Arbeitserlaubnis und ausreichende medizinische Versorgung für alle stark zu machen.

Die heutige Mobilisierung steht vor dem Hintergrund des mittlerweile knapp zwei Jahre andauernden Kampfes der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Der Hamburger SPD-Senat hatte die Forderungen der vor dem Krieg in Libyen Geflüchteten konsequent ignoriert, so dass die Situation für viele der rund 300 Menschen bis heute ungeklärt bleibt. Das einzige Angebot der Hamburger Regierung, sich individuell in ein Asylverfahren zu begeben, nahmen nur wenige von ihnen an – mit der Folge, dass sie ihre italienischen Dokumente abgeben mussten und eine Abschiebung nach Afrika riskieren. Die Mehrheit fordert weiterhin ein Gruppenbleiberecht. Mittlerweile leben laut des Zusammenschlusses „Solidarisch Wohnen“ rund 130 der Refugees in Wohnprojekten, in denen sie von solidarischen Hamburger_innen aufgenommen wurden.

Um den Kampf der Lampedusa-Gruppe einerseits mit den Anliegen anderer Geflüchteter, die u.a. in mehreren überfüllten Aufnahmelagern in Hamburg leben müssen, und andererseits mit den sozialen Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum zusammenzuführen, gründete sich im November



2014 das Bündnis „Recht auf Stadt – Never mind the Papers“. Dabei geht es darum, für einen Zugang zu öffentlichen Gütern unabhängig von Aufenthaltsstatus und Ausweispapieren, aber auch gegen die alltägliche Praxis von Abschiebungen einzutreten. Von antirassistischen Solidaritätsinitiativen über Gewerkschaftsjugend, AS-ten, Recht-auf-Stadt-Initiativen bis zu linksradikalen Gruppen kam in der Vorbereitung ein heterogenes Bündnis zusammen.

Mit einer Kundgebung zum SPD-Parteitag trat das Bündnis im Dezember zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. In den folgenden Wochen wurde beispielsweise die Frage des Zugangs zu Wohnraum für Geflüchtete und Wohnungslose mit einer satirischen Aktion vor der Geschäftsstelle des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA/GWG thematisiert. (Die SAGA ist durch ihre Vergabepolitik mit dafür verantwortlich, dass viele Geflüchtete nicht aus den Aufnahmelagern in Wohnungen umziehen können.) Das Bündnis beteiligte sich außerdem an einer „Refugees Welcome“-Demonstration in Lübeck am 17. Januar, organisierte eine Soli-

daritätsparty und startete eine große Mobilisierung für eine eigene Demo am 31. Januar. Ende Januar unterstützten schließlich 94 Gruppen, Initiativen und Organisationen den Aufruf.

Die lautstarke Demo am Tag selbst überstieg die erwartete Teilnehmer_innen-Zahl um ein Vielfaches und zog mit drei Lautsprecherwagen von den Landungsbrücken am Hafen durch die Innenstadt bis zum Rathausmarkt. Die Gewerkschaftsjugend war mit einem eigenen Block „Working Class never mind the Papers“ präsent. Außerdem gab es einen Jugendblock sowie einen kleinen Kinderblock. Trotz massivem Polizeiaufgebot konnten viele Menschen, die in der Stadt unterwegs waren, erreicht werden. Am Rande der Route wurden Banner von Hauswänden entrollt, Konfetti wurde geworfen und Feuerwerk gezündet. Mit dabei war auch eine „rollende Wahlkabine“ des Schwabinggrad-Ballett. Dieses hatte im Vorfeld dazu aufgerufen, Briefwahlunterlagen mit zur Demonstration zu bringen, um sie Menschen zur Verfügung zu stellen, die nicht wahlberechtigt sind. Denn: „So kann die Menge der Wahlstimmen vermehrt

werden durch die anonyme Übertragung in der rollenden Wahlkabine an jemand, der noch nicht das allgemeine und freie Wahlrecht hat.“ Diese hatten vor Ort die Möglichkeit ihre Stimme abzugeben.

Zwei Wochen vor den Hamburger Wahlen wurde mit der Demonstration jeder künftigen Regierungspartei klar gemacht: Politik gegen Geflüchtete wird in dieser Stadt auch weiterhin auf massive Proteste stoßen! Die Forderungen der Lampedusa-Gruppe

können vom Senat nicht weiter ausgesessen werden! Dies unterstrich die Gruppe selbst zudem vor wenigen Tagen mit einem Offenen Brief an die Grünen. Letztere haben sich zwar in ihrem Wahlprogramm für die Unterstützung der Lampedusa-Gruppe ausgesprochen – ob und inwieweit sie als möglicher zukünftiger Koalitionspartner der SPD nach der Wahl an ihren Versprechen festhalten werden, ist aber noch lange nicht ausgemacht und

Blog des Bündnisses, <http://nevermindthepapers.noblogs.org/>. (aus Lokalberichte Hamburg 03/2015)

wird letztlich auch vom gesellschaftlichen Druck auf sie abhängen.

Deshalb ist es umso wichtiger, den Druck auf die politischen Parteien auch nach der heutigen Demonstration aufrechtzuerhalten. Auch vor dem Hintergrund eines bundesweit erstarkenden Rechtspopulismus (AfD, Pegida) gilt es, migrantische Kämpfe und Selbstorganisation durch aktive Solidarität zu unterstützen und antirassistische Forderungen stark zu machen.

„Das Eigenkapital der Stadt Mannheim ist gemehrt“

Mannheimer Gemeinderat verabschiedet gegen die Stimmen der Linken ein achties „strategisches Ziel“

Der ehrgeizige Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, möchte aus der Mannheimer Verwaltung die modernste Verwaltung Deutschlands machen. Dazu hat er seit 2008, also ein Jahr nach seiner Wahl zum OB, einen sehr umfangreichen „Change“-Prozess in die Wege geleitet, den er jetzt, zu Ende seiner ersten Amtszeit, als Großaktion im Wesentlichen für beendet erklärt. Es ist hier nicht der Raum, eine Bewertung des Erreichten vorzunehmen. Der Blick richtet sich auf ein wesentliches Element des Veränderungsprozesses, die Steuerung durch „strategische Ziele“, denen die gesamte Tätigkeit der Verwaltung unterworfen werden soll: Ziele, die mit Zahlen hinterlegt sind, und deren Erreichung oder Verfehlung die Wirksamkeit der Verwaltungstätigkeit und natürlich der politischen Entscheidungen überprüfbar machen soll. Sie sollen auch Grundlage der Haushaltsplanung sein.

Sieben strategische Ziele wurden entwickelt. Sie sollen an (angeblich) besonderen Eigenschaften Mannheims ansetzen und diese entwickeln:

1. Mannheim bietet mit einer ökologisch und sozial ausgewogenen Urbanität die Vorzüge einer Metropole auf engem Raum ohne die dabei sonst verbundenen negativen Eigenschaften von Großstädten.

2. Mannheim etabliert sich als Stadt der Talente und der Bildung und gewinnt mehr Menschen für sich.

3. Mannheim gewinnt überdurchschnittlich Unternehmen sowie Gründerinnen und Gründer, die zur Innovationskraft in Mannheim beitragen, und unterstützt die Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

4. Mannheim ist Vorbild für das Zusammenleben in Metropolen.

5. Mannheim ist Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.

6. Mannheim ist in der Spitzengruppe der besonders stadtkulturell und kreativwirtschaftlich geprägten und wahrgenommenen Städte.

7. Mannheims Einwohnerinnen und

Einwohner sind überdurchschnittlich bürgerschaftlich engagiert und werden von der Stadt in besonderem Maße unterstützt.

Ein Jahr lang hat nun der Lenkungsausschuss aus Verwaltung und den Fraktionen (Die Linke hat keinen Fraktionsstatus) den strategischen Zielen sog. „Top-Kennzahlen“ samt entsprechenden Stichworte zugeordnet, die die verschiedenen Aspekte der Ziele aufdröseln und ein „Monitoring“ ermöglichen sollen. Die Zahlen beziehen sich auf die Jahre 2011 bis 2013. Ferner hat der Lenkungsausschuss ein achties Ziel angehängt, wovon weiter unten zu reden sein wird.

Steuern mit Zielen und Zahlen

Zur Verdeutlichung, wie das System funktionieren soll, seien beispielhaft einige Top-Kennzahlen des ersten strategischen Ziels genannt werden, die sich mit „ökologisch“ und „sozial“ befassen:

„03: CO₂-Emissionen senken. – CO₂-Emissionen sind ein Indikator für die Erreichung der kommunalen Klimaschutzziele und dafür, wie gut es gelungen ist, den Energieverbrauch bei Wärme, Strom und Verkehr in allen Sektoren (Privat, Gewerbe, Industrie) zu senken sowie die Energieeffizienz und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Sie dienen damit dem Ziel der ökologisch ausgewogenen Urbanität in Mannheim.“

„05: Mindestsicherungsquote: Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen verringern. – Die Systeme der sozialen Mindestsicherung umfassen die Hilfen des Staates, die vorwiegend materielle Sicherheit und Unterstützung bieten sollen, um finanzielle Notlagen zu vermeiden und zu lindern. Ihr Umfang zeigt, wie viele Menschen kein oder kein ausreichendes Einkommen zur grundlegenden Existenzsicherung durch eigene Einkommen erzielen können. Dies ist somit ein Maß dafür, wie viele Personen ohne diese Unterstützungsleistungen von Armut betroffen wären.“

Die zugehörigen Top-Kennzahlen sind zweifellos ein Spiegel, was auf den jeweiligen Feldern erreicht oder eben versäumt wird. Sie bieten einen Fortschritt an Transparenz.

Neues (CDU)-Ziel: „Das Eigenkapital der Stadt Mannheim ist gemehrt

Während für alle bisherigen Ziele galt: „Wesentlicher Aspekt der Strategischen Steuerung in Mannheim ist die Wirkungsorientierung, das heißt die Orientierung an erwünschten Zuständen in der Mannheimer Stadtgesellschaft“, nennt das achte Ziel einen abstrakten rein wirtschaftlichen Zustand, als ginge es in der Kommunalpolitik um die Vermehrung des eingesetzten Kapitals. Dies Ziel ist die verquere Darstellung eines von der CDU immer wieder energisch geforderten Ziels: „Senkung des Schuldenstandes“. Der OB kam dem entgegen, versuchte aber offensichtlich, die gleichzeitig geforderten Steuersenkungen durch den Parameter „Eigenkapital“ abzubiegen. Die Linke sprach sich vehement gegen dieses aus dem Rahmen fallende „Ziel“ aus. Nachdem der Gemeinderat vor Jahren das Verbot der Netto-Neuverschuldung in die Hauptsatzung aufgenommen hatte, wird dies nun auch noch als „strategisches Ziel“ fixiert. Es ist vollkommen unreal. Die hehren strategischen Ziele erfordern massive Investitionen in Bildung, Wohnraum, Erhaltung der Infrastruktur etc. Der Trick besteht darin, den Kernhaushalt unter das Verschuldungsverdikt zu stellen. Die städtischen Gesellschaften, die für Wohnen, für die Jahrhundertaufgabe Konversion, für die Schulsanierungen zuständig sind, und auch die Eigenbetriebe, nehmen selbstverständlich immer weitere Kredite auf, sie wären sonst handlungsunfähig.

Nun meint der OB erst einmal Ruhe vor der CDU zu haben. Aber es wird keine Ruhe an dieser neoliberalen Ecke geben. Erst recht nicht an der vollkommenen Ausblendung der Einnahmensituation in den Kommunalsteuern. *Thomas Trüper*

Opel-Flächen: Noch viele Fragen offen. BOCHUM. Bereits am Donnerstag, den 19. Februar soll der Bochumer Rat beschließen,

dass auf dem ehemaligen Opel-Gelände doch Logistik-Betriebe wie DHL angesiedelt werden dürfen. Im aktuell gültigen Bebauungsplan wurde das bewusst ausgeschlossen, denn Logistik-Unternehmen verbrauchen sehr viel Fläche und schaffen wenig qualifizierte Arbeitsplätze. Eine Woche vor der wichtigen Entscheidung sind noch viele Fragen ungeklärt. Deshalb hat die Linksfraktion im Haupt- und Finanzausschuss einen umfangreichen Fragenkatalog zu den Opel-Flächen und den Verhandlungen eingereicht. „Uns ist nicht klar, warum Opel Verhandlungen vor allem mit einem Konzern vorangetrieben hat, der nach aktueller Beschlusslage auf dem Gelände gar nicht angesiedelt werden darf“, sagt Horst Hohmeier, Ratsmitglied der Linken. „Wir wissen auch nicht, ob es noch andere Interessenten gibt, und wie hoch das erwartete Verkehrsaufkommen inklusive Umwelt- und Feinstaubbelastung durch die DHL-Ansiedlung ist. Immerhin ist von 50 000 Paketen pro Stunde im Rund-um-die-Uhr-Betrieb die Rede, die ausschließlich über die Straße und nicht über den vorhandenen Bahn-Anschluss transportiert werden sollen“, so Horst Hohmeier. Weitere Unklarheiten bleiben: Angeblich will DHL ein hochregalfähiges Gebäude errichten, selbst aber nur in der Fläche arbeiten. Deshalb gibt es die Befürchtung, dass der Konzern in Bochum günstig und subventioniert bauen will, aber nicht lange in Bochum bleibt. Nach einem Weiterverkauf könnte dann ein Logistikunternehmen mit noch weniger und noch schlechteren Arbeitsplätzen den Standort erwerben. „Auch ist unklar, welche Handlungsmöglichkeiten die Stadt hat, wenn DHL weniger als die 600 Arbeitsplätze schafft, die im Gespräch sind“, sagt Horst Hohmeier. „Eine Mindestanzahl von Arbeitsplätzen pro Hektar kann die Stadt in einem Bebauungsplan gar nicht verbindlich vorschreiben. Sichert DHL die Arbeitsplätze vertraglich zu? Welche Strafen gibt es, wenn die Zusage gebrochen wird?“, fragt Horst Hohmeier.

www.dielinke-bochum.de

Arbeit im Jugendamt muss umstrukturiert werden: DORTMUND. Die Fraktion Die Linke & Piraten hält es für dringend erforderlich, die Arbeit im Jugendamt umzustrukturieren. Im Finanzausschuss am 2. Februar wird die Fraktion den Antrag stellen, die Hilfen zur Erziehung in den Jugendhilfediensten künftig wieder verstärkt in die Hände der städtischen Mitarbeiter zu legen. Derzeit erfolgt die Sozialbetreuung betroffener Fa-

milien weitgehend durch sogenannte Freie Träger. Die Verantwortung liege rechtlich aber beim Jugendamt, erläutert Dr. Petra Tautorat, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke & Piraten. „Im Bereich der Jugendhilfe, und hier insbesondere bei den erzieherischen Hilfen, ist bundesweit eine Fehlentwicklung zu Lasten der Kommunen zu beobachten. SozialarbeiterInnen werden vorrangig als sogenannte FallmanagerInnen ausgebildet“, kritisiert Dr. Petra Tautorat. Das heißt: Die MitarbeiterInnen des Jugendamtes würden die von ihnen zu betreuenden Familien nur noch selten besuchen. Stattdessen würden sie sogenannte Freie Träger mit der eigentlichen Sozialbetreuung beauftragen. Diese Situation sei durchaus problematisch, sagt Dr. Petra Tautorat. Denn die städtischen MitarbeiterInnen seien dennoch persönlich voll haftbar und verantwortlich. „Dies führt zu dem Effekt, dass Fälle nur noch sehr zurückhaltend abgeschlossen werden können und Kostensteigerungen auch bei gleichbleibenden Fallzahlen an der Tagesordnung sind.“ Es gehe aber auch anders als in Dortmund, sagt die linke Politikerin. „Die Stadt Bremen führt erfolgreich Modellprojekte durch, mit denen versucht wird, diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Mit der Einstellung neuer SozialarbeiterInnen wird zwar das Personalbudget ausgeweitet, aber das Budget für die Zahlung von Dienstleistungen an Dritte deutlich stärker entlastet.“ Dieser Vorstoß benötige aber die Unterstützung des Rates aufgrund der dann zu führenden Personaldiskussionen. Die Fraktion Die Linke & Piraten im Rat der Stadt Dortmund hat deshalb folgenden Antrag gestellt: „Der Rat fasst den Beschluss, die Hilfen zur Erziehung in den Jugendhilfediensten so zu gestalten, dass die Basisbetreuung der Familien durch den ASD der Jugendhilfedienste geleistet wird. Der Einsatz weiterführender Hilfen ist in den Hilfeplankonferenzen sorgfältig zu prüfen und zu begründen. Dazu sollen in zwei Stadtbezirken Modellprojekte nach dem Vorbild der Stadt Bremen durchgeführt werden.“

[/www.dielinke-dortmund.de](http://www.dielinke-dortmund.de)

Private Finanzierung kann die Stadt teuer zu stehen kommen: KÖLN. Die Kölner Linksfraktion kritisiert den Vorstoß des Oberbürgermeisters, die Sanierung der Kölner Rheinbrücken durch private Investoren zu finanzieren. Insbesondere rechnet der Oberbürgermeister hierbei auf Versicherungsgesellschaften. Im Oktober 2014 äußerte Markus Faulhaber, Chef der Allianz, das Interesse der Versicherungsgesellschaft, in den Autobahnbau zu investieren, und nannte hierbei Renditeerwartungen von „etwa sie-

ben Prozent, bei riskanteren Investments auch mehr“ (Der Tagesspiegel, 06.10.2014). Jörg Detjen, Fraktions-sprecher und Mitglied des Finanzausschusses: „Die Allianz erwartet sieben Prozent Rendite. Das käme die Stadt deutlich teurer als die derzeit sehr günstigen Kommunalkredite. Sich über private Investoren zu finanzieren, kann die Stadt teuer zu stehen kommen!“ Der Bundesrechnungshof hatte 2014 in einem Gutachten zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP im Bundesfernstraßenbau festgestellt, dass Projekte als ÖPP nicht, wie zuvor erwartet, günstiger, sondern in der Regel deutlich teurer wurden, als wenn sie durch die öffentliche Hand finanziert worden wären. Michael Weisenstein, Ratsmitglied und für Die Linke im Stadtentwicklungsausschuss, dazu: „Projekte in Öffentlich-Privater-Partnerschaft werden regelmäßig deutlich teurer, als wenn die öffentliche Hand selbst baut. Der Bundesrechnungshof hat errechnet, dass ÖPP beim Autobahnbau bis zu einem Drittel mehr kostet. Andere Kommunen haben sich an ÖPP sehr die Finger verbrannt, und auch die Kölner Erfahrungen sind mit Messe und dem Stadthaus in Deutz keine guten.“ Die Linksfraktion setzt sich stattdessen dafür ein, Unternehmen an der Schaffung und Aufrechterhaltung von städtischer Verkehrsinfrastruktur zu beteiligen. Michael Weisenstein dazu: „Dass die Kölner Brücken derart sanierungsbedürftig sind, liegt vor allem an der Belastung durch immer mehr und immer schwerere LKW. Die Brücken sind hierfür nicht ausgelegt. Wir wollen die Wirtschaft in die Pflicht nehmen und an der Sanierung der Verkehrsinfrastruktur beteiligen. Das kann durch Vereinbarungen mit der Wirtschaft geschehen oder auch durch eine vorübergehende Anhebung der Gewerbesteuer.“

www.linksfraktion-koeln.de

Terminal 3: Vor dem Ausbau ist nach dem Ausbau! Frankfurt a.M. Der Flughafenbetreiber Fraport hat am Wochenende angekündigt, im Sommer umgehend mit dem Bau des Terminals 3 am Frankfurter Flughafen beginnen zu wollen. „Das kommt alles andere als überraschend“, erklärt Carmen Thiele, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. Im Römer. „In dem Moment, wo der schwarzgrüne Magistrat der Stadt Frankfurt Fraport die Baugenehmigung erteilt hatte, war die Messe eigentlich schon gelesen.“ Die Vorarbeiten am Bauplatz des neuen Terminals haben keinen Zweifel daran gelassen, dass Fraport der von der schwarzgrünen Landesregierung angekündigten ‚ergebnisoffenen Bedarfsprüfung‘ keine weitere Beachtung schenken wird. Thiele weiter: „Allen Beteuerungen zum Trotz frisst

sich der Moloch Flughafen stets weiter ins Umland und belastet immer mehr Anwohnerinnen und Anwohner. Das nicht zu verhindern, ist Schwarzgrün im Land und in der Stadt anzulasten.“

www.dielinke-im-roemer.de

Städtepartnerschaft mit Kobanê: BREMEN. Seit dem 26. Januar 2015 ist Kobanê befreit. Über vier Monate hinweg ist diese Stadt weltweit zu einem Symbol des Widerstands und der Hoffnung geworden. Auch in Bremen hat sich eine aktive, breite Solidarität mit Kobanê entwickelt. Dies kann die Grundlage sein, die Unterstützung auch in Form einer Städtepartnerschaft fortzuführen. In den letzten Wochen haben Menschen in Bremen in eindrucksvoller Weise öffentlich gegen Rassismus und Ausgrenzung, für Toleranz und Pluralität demonstriert, sie haben Fanatismus, Gewalt und der Gleichschaltung des Denkens eine klare Absage erteilt. Der Kampf um Kobanê, der die Milizen des IS zurückgeschlagen und den Mythos ihrer Unbesiegbarkeit gebrochen hat, hat diese Haltung zum Ausdruck gebracht. Freiheit braucht Freundinnen und Freunde. Eine Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Kobanê wäre ein weithin sichtbares Zeichen, dass Solidarität nicht endet, wenn die großen Schlagzeilen vorbei sind. Mit einem Antrag der Linken soll die Bürgerschaft unter anderem beschließen, dass der Senat gebeten wird, Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Städtepartnerschaft zwischen Bremen und Kobanê zu prüfen.

www.dielinke-bremen.de

Behelfsunterkünfte als Dauerunterbringung nicht geeignet: ESSEN. Jetzt ist die Katze aus dem Sack: Angesichts steigender Flüchtlingszahlen sollen die fünf Behelfsunterkünfte in Schulen mindestens zwei Jahre länger als angekündigt genutzt werden, und es sollen sogar die Belegungszahlen steigen. Das lehnt Die Linke ab. Bisher hat Sozialdezernent Peter Renzel zugesagt, die Behelfsunterkünfte bis Ende 2015 vom Netz zu nehmen. „Flüchtlingsunterbringung ist eine Frage der Menschenwürde und nicht der Kassenlage“, so die Fraktionsvorsitzende Gabriele Giesecke. „Deswegen kann es nicht sein, dass Herr Renzel jetzt aus den Behelfsunterkünften in Schulen faktisch Dauereinrichtungen machen will. Wir kritisieren auch, dass die Verwaltung kein Konzept vorlegt, wie humanitäre Standards in den Übergangsheimen eingehalten werden sollen, wenn die Belegung um weitere 363 Plätze erhöht wird.“ Eine Unterbringung von Flüchtlingen in Schulen hat die Ratsfraktion Die Linke von Anfang an abgelehnt, da diese die Intimsphäre sowie das Selbstbestimmungsrecht durch die Sammelverpflegung

einschränkt und eine Integration in die Gesellschaft erschwert. Problematisch ist auch der Bruch des Versprechens an die Anwohner, die Unterkünfte bis zum Ende des Jahres zu schließen. Die Linke befürchtet, dass dies Wasser auf die Mühlen von Rassist*innen wie Pegida und Co. ist. Nach Ansicht der Ratsfraktion Die Linke kann es nicht sein, dass die Stadt bei der Unterbringung von Flüchtlingen hinter die Standards zurückfällt, die sie dem Land gegenüber der Erstaufnahmeeinrichtung geltend macht. Außerdem ist die Ankündigung der Verwaltung, mit anderen Bundesländern stärker in Sachen Abschiebungen zusammenzuarbeiten, skandalös. Damit werden die Beschlüsse der Landesregierung unterlaufen, welche Abschiebungen im Winter erschweren. Die Linke will diese und andere offene Fragen im kommenden Sozialausschuss ansprechen.

www.linksfraktion-essen.de

Senats-Bäderkonzept kann nur ein erster Aufschlag sein: BERLIN. Die sportpolitische Sprecherin Gabriele Hiller erklärt: Nach langem Hin und Her und undurchschaubarem Gerangel hat der Senat endlich einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Bäderlandschaft vorgelegt, der jetzt breit diskutiert werden muss. Dass darin die Schließung von Bädern ausgeschlossen und der Bau neuer Bäder geplant wird, begrüßen wir. Anderes indes scheint unausgegoren und bleibt auf halbem Wege stehen. Offen bleiben aus unserer Sicht beispielsweise wichtige Fragen zur Neugestaltung der Eintrittspreise in den Bädern. Die jetzigen sind für viele Berlinerinnen und Berliner nicht mehr bezahlbar. Hier muss der Senat dringend aktiv werden. Wir fordern vom Senat, sich endlich dazu zu bekennen, dass Bäder Bestandteil der Daseinsvorsorge sind und dafür zu sorgen, dass der Badbesuch nicht Luxus, sondern für alle erschwinglich ist. Diskutiert werden muss auch das Verhältnis von öffentlichem und Vereinsschwimmen. Auch hier müssen die Berlinerinnen und Berliner vor Ort mitreden und -entscheiden können

www.die-linke-berlin.de

Deutscher Städtetag: Vorbehalte gegenüber Muslimen abbauen! BERLIN. Der Deutsche Städtetag drängt darauf, stärker als bisher Vorbehalte gegenüber der muslimischen Bevölkerung abzubauen. Städtetagspräsident Dr. Ulrich Maly sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Dienstag, 13.1.2015) nach den Terroranschlägen von Paris: „Die überwältigende Mehrheit der Muslime in unserem Land will ein friedliches Zusammenleben und stützt die freiheitliche Demokratie.“ Vorbehalte gegenüber der muslimischen Bevölkerung könnten

am besten durch gegenseitiges Kennen und Verstehen abgebaut werden. Maly nimmt an diesem Dienstag an der Deutschen Islamkonferenz in Berlin teil. Die großen Trauerbekundungen nach den Terrorataten in Frankreich zeigen nach seinen Worten, „dass unsere Grundwerte menschlicher und demokratischer Gesellschaften in Europa durch Gewaltverbrecher nicht ins Wanken gebracht werden können“. Der Nürnberger Oberbürgermeister kündigte an, in diesem Sinne werde der Städtetag in der Islamkonferenz auch künftig für Maßnahmen werben, „die praktisch und nachhaltig das Miteinander in unserer Gesellschaft intensivieren“. Als Beispiel nannte Maly die Wohlfahrtspflege, die ein Schwerpunktthema der Islamkonferenz ist. Es müsse erörtert werden, ob die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bereits die sie betreffenden sozialen Dienstleistungen kennen und in Anspruch nehmen. Zu fragen sei auch, ob das große ehrenamtliche Engagement, das Muslime und ihre Organisationen derzeit für bedürftige Muslime erbringen, richtig und ausreichend gewürdigt werde. Maly kündigte an: „Bei solchen Fragen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch der Altenhilfe will sich der Deutsche Städtetag aktiv einbringen.“

www.staedtetag.de

Dauerhaftes Bauprogramm zur Flüchtlingsunterbringung erforderlich: DÜSSELDORF. Die Kommunen fordern von Bund und Ländern ein permanentes 500-Millionen-Euro-Bauprogramm für neue Flüchtlingsunterkünfte. „Die Kommunen brauchen ein festes mittelfristiges Bauprogramm des Bundes und der Länder für neue möglichst dezentrale Flüchtlingsunterkünfte“, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Ausgabe vom 11. Februar 2015). Es reiche nicht, so Landsberg, wenn der Bund nur für die Jahre 2015 und 2016 jeweils zusätzlich 500 Millionen Euro für Flüchtlingshilfen zur Verfügung stelle. Nur bei einer Verstetigung zusätzlicher Mittel bestünde für Kommunen künftig die benötigte Planungssicherheit. Eine Möglichkeit, in der Bevölkerung auch für die kommenden Jahre für Verständnis zu werben, stellt für Landsberg ein Online-Informationsportal auf Bundesebene dar. So bestehe die Möglichkeit, darüber zu informieren, warum Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Darüber hinaus könnten auf der Plattform internetgestützte Übersetzungen oder Online-Konferenzen stattfinden. www.dstgb.de

(Zusammenstellung: ulj)

Kommunale
Politik

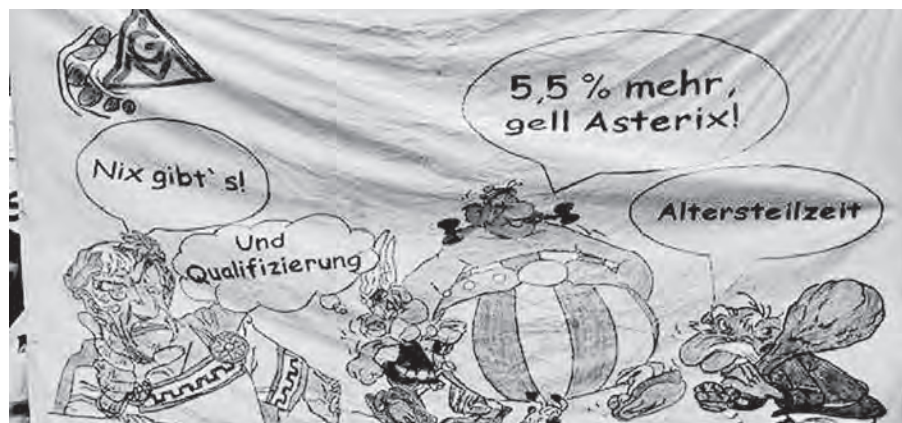
Streikende warnen Metall-Arbeitgeber

SCHWEINFURT. Etwa 4.400 Beschäftigte folgten dem Aufruf der IG Metall und nahmen am Dienstagmorgen, dem 3. Februar, in Schweinfurt an der Hahnenhügelbrücke am dreistündigen Warnstreik teil. Damit zeigten die Belegschaften von ZF, Schäffler, SKF und Bosch-Rexroth Entschlossenheit und stärkten der eigenen Verhandlungskommission im aktuellen Tarifkonflikt den Rücken.

Erstmals war auch das SKF-Hochhaus leer, wie Betriebsratsvorsitzenden der Norbert Völkl in seiner Rede heraus stellte. Neben der Tarifforderung war jedoch der Personalabbau von 122 Stellen im SKF-Hochhaus Thema von Völkl und Hauptgrund der Streikbeteiligung aus diesem Bereich. Hart ins Gericht ging er mit der eigenen Geschäftsführung, deren Personalabbaupläne unmoralisch seien. Gehe es doch nur darum, mit angekündigten

zur Neuregelung der Altersteilzeit sei völlig indiskutabel. Er beinhalte die Halbierung der Altersteilzeitquote auf 2% der Belegschaft, die einseitige Entscheidungsgewalt des Arbeitgebers und eine Einschränkung der Anspruchsberechtigten. Ebenso indiskutabel sei das Lohnangebot von 2,2 Prozent bei zwei Nullmonaten. Und: Für eine Bildungsteilzeit sähen Sie gar keinen Handlungsbedarf. Trotz ständigen Jammerns würden die Unternehmen Rekordgewinnen einfahren und Rekorddividenden ausschütten. „Sie jammern wahrscheinlich, weil ihnen der Rücken durch das Schleppen der Geldsäcke schmerzt.“ „Dann tun wir ihnen einen Gefallen, wenn wir sie im Gewicht entlasten!“, antwortete es aus der Menge.

Zuvor hatte DGB Regionsgeschäftsführer Frank Firsching den Streikenden viel Erfolg und Durch-



Abbauplänen die Aktienkurse in die Höhe zu treiben. Man werde aber nicht alles mit sich machen lassen, sondern zusammenstehen und gemeinsam um jeden Arbeitsplatz kämpfen, so Völkl unter großem Jubel.

Zum Stand der Tarifverhandlungen sprach der bayerische Verhandlungsführer der IG Metall, Jürgen Wechsler. Die IG Metall habe in dieser Tarifrunde ein Paket auf die Reise geschickt. Darin enthalten seien eine Lohnerhöhung von 5,5%, die Fortführung der Altersteilzeit und ein Anspruch der ArbeitnehmerInnen auf Bildungsteilzeit. Man könne nun erwarten, dass das Paket mit dem kompletten Inhalt auch bei den Beschäftigten ankomme. Das erste Angebot der Arbeitgeber nannte Wechsler „lächerlich“. Der Vorschlag



haltevermögen in der Tarifrunde gewünscht. Denn die IG Metall setze im Jahr 2015 die erste wichtige Marke für die gesamte Lohnentwicklung im Land. Es folgen noch viele Tarifrunden, zum Beispiel im Einzelhandel, bei den Gebäudereinigern, im öffentlichen Dienst der Länder. All jene Berufsgruppen blicken mit Hoffnung auf einen guten Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie, um schließlich selbst Lohnerhöhungen durchzusetzen, die auch zu Einkommenszuwächsen führen.

Peter Kippes, 1.Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt, informierte abschließend über das weitere Vorgehen. Zeitnah werde in der Rhön und in den Hassbergen die Warnstreikwelle der Region fortgesetzt. Die nächste Verhandlungsrunde werde für Bayern am 9. Februar in Aschaffenburg stattfinden, bevor die Faschingspause den Arbeitgebern hoffentlich Zeit zur Besinnung lasse. (ths)

Quellen: DGB Unterfranken, Schweinfurter Tagblatt

BDI: Ein Reformprojekt Griechenlands sollte Investitionssicherheit sein.

BDI Pressemitteilungen, Mi., 2.2.2015. – Nach der vorgezogenen Parlamentswahl in Griechenland macht BDI-Hauptgeschäftsführer M. Kerber den Griechen Mut, fordert Athen jedoch zu weiteren Reformen auf, etwa zur Verbesserung der Investitionssicherheit. „Der Wahlsieger Alexis Tsipras darf das Vertrauen in Griechenland jetzt nicht erschüttern“, sagte Kerber am Tag nach der Wahl in Berlin. „Griechenland ist auf seinem Reformweg ein gutes Stück vorangekommen. Es wäre katastrophal, diese Entwicklung auf halbem Wege zu stoppen.“ Am Ende der Verhandlungen zwischen Griechenland und der EU werde kein Schuldenschnitt stehen, so Kerber. Er glaube aber, dass es an anderer Stelle Luft gebe. Als Beispiele nannte er Zinslast und Rückzahlungsfristen für die griechischen Schulden bei den internationalen Geldgebern. Ein Reformprojekt sollte die Investitionssicherheit sein. Die notwendigen Genehmigungen dafür müssten schneller und rechtssicherer erfolgen. Außerdem sei ein gerechteres Steuersystem notwendig.

Gesamtmetall: Gesichtswahrende Lösung für Russland muss gefunden werden.

HB, Mi., 11.2.15. – Die deutsche Wirtschaft hofft auf einen Erfolg der Friedensbemühungen im Ukraine-Konflikt. „Es gibt in dieser Auseinandersetzung bisher nur Verlierer. Daher begrüße ich die Friedensinitiative von Kanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Hollande sehr“, sagte der Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, R. Dulger. Die deutsche Wirtschaft, die mit rund 6000 Firmen in Russland aktiv sei, spüre schon deutliche Konsequenzen der Sanktionen gegen Russland. Die Metall- und Elektroindustrie habe in den ersten elf Monaten 2014 einen Einbruch von mehr als 20 Prozent erlebt. Dulger begrüßte Merkels Vorschlag, im Fall eines Waffenstillstands über eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok zu reden und Moskau so einen Anreiz zu setzen, über den Handel wieder ins Gespräch zu kommen: Zur Wirkung der Sanktionen äußerte sich Dulger, er beobachte ..., dass die Popularität von Präsident Wladimir Putin in der russischen Bevölkerung eher gestiegen sei. Auch beteiligten sich wichtige Länder wie die Schweiz, die Türkei oder China nicht an den Strafmaßnahmen. „Wenn die EU meint, die Sanktionen verschärfen zu müssen, dann tragen wir das mit“, sagte der Gesamtmetall-Präsident. „Wir befürchten aber, dass die Handelsbeziehungen mit Russland dauerhaft beschädigt oder zerstört werden.“ *Zusammenstellung: rst*

Uno-Sicherheitsrat fordert einstimmig die Einhaltung der Waffenruhe – mehr als ein Viertel der ukrainischen Armee bei Debalzewe eingekreist

In dem unter Beteiligung der OSZE und der Vertreter der Separatisten durch Russland, Ukraine, Deutschland und Frankreich in der weißrussischen Hauptstadt Minsk getroffenen Abkommen vom 12.2.2015 („Minsk II“), wurde die Situation der bereits damals bei Debalzewe eingekreisten ukrainischen Armeeteile nicht konkret geklärt. Vielmehr war dies Teil der generellen Regelungen zu Waffenstillstand, Truppenabzug und Abzug der schweren Waffen. (s. dazu (4) der Dokumentation). Die Ukraine weigerte sich anzuerkennen, dass mit den eingekreisten 7000-8000 Soldaten mehr als ein Viertel der ukrainischen Armee außer Gefecht gesetzt, und die ukrainische Armee de facto militärisch und moralisch am Ende und die von der ukrainischen Armee bei Debalzewe vorgetriebene „Enklave“ (s.

Karte) durch sie nicht zu halten war.

Am 17./18. Februar erklärten die Vertreter der Separatisten, dass 80% der Stadt Debalzewe inzwischen von ihnen kontrolliert würden.

Eine Betrachtung der Situation ist – worauf ein Teil der Medien hauptsächlich hinweist und worauf sich die wiederaufgeflamnte Diskussion um Waffenlieferungen an die Ukraine in den USA jetzt stützt – dass durch die Entwicklung zwischen 12. und 18. Februar „Minsk II“ Makulatur sei. Die andere Sicht wäre, dass mit der Kontrolle von Debalzewe durch die ostukrainischen Separatisten die Gebietsaufteilung vorerst faktisch geklärt, der Rückzug der ukrainischen Armee und der Abzug ihrer Armeeteile ohne Waffen aus dem Gebiet bei Debalzewe unumgänglich ist, und eine

Chance für die Ingangsetzung der in Minsk I und II vorgesehenen politischen Entwicklungen bestünde: humanitäre Hilfe, soziale Reformen für die Bevölkerung in der Ost- und Westukraine, Verfassungsreform in der Ukraine, Dezentralisierung, kommunale Wahlen, Überwachung des Prozesses durch die OSZE.

In der G 7-Erklärung – ohne Russland – vom 13.2.2015, verabschiedet nur einen Tag nach „Minsk II“, wird bereits versucht, das Szenario einseitiger Alleinverantwortung für die nicht-Einhaltung der Waffenruhe auf der Seite Russlands zu fixieren und mit weiteren Sanktionsmaßnahmen und Waffenlieferungen an die Ukraine zu drohen. Ob mögliche US-Waffenlieferungen an eine am Boden liegende Armee in ein wirtschaftlich krisenge-

DOKUMENTATION

(1) Mittwoch, 18.2.2015, Debalzewe eingenommen, 8000 Soldaten der ukrainischen Armee eingeschlossen, (Spiegel Online, 18.2.2015):

„... Die Wortwahl des Präsidenten (der Ukraine) grenzte an Realitätsverweigerung: Kam zuletzt die Rede auf die umzingelte Stadt Debalzewe, sprach der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko von einem „Brückenkopf“. Das hörte sich nach einem gezielten Manöver seiner Militärs an, nach voller Kontrolle. An der Front war die Wahrheit eine andere. Ein ukrainischer Offizier hat sie Reportern der Nachrichtenagentur UNIAN geschildert. Tote und Verwundete können nicht abtransportiert werden, die Munition wird knapp. „Es gibt fast kein Essen mehr. Die Moral sinkt wegen des Verhaltens der Heeresleitung. Keine Verstärkung, keine OSZE-Beobachter. (...) Wir sind erschöpft.“

Debalzewe, der Name des Städtchens wird sich einreihen in die Liste der schweren militärischen Niederlagen der Ukraine. Bis zu 8000 Soldaten waren in Debalzewe eingeschlossen, ein Großteil der kampffähigen Verbände der ukrainischen Armee. „

(2) Dienstag 17.2.2015: Bruch der Waffenruhe: Uno-Sicherheitsrat verabschiedet Resolution zur Ukraine-Krise (Spiegel Online, 17.2.2015)

„Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen fordert in einer Resolution die Einhaltung der Waffenruhe. Das Papier wurde auf Antrag Russlands verabschiedet.

New York – Der Uno-Sicherheitsrat hat eine von Russland eingebrachte Resolution zum Ukraine-Konflikt verabschiedet. In dem Papier werden die Konfliktparteien dazu aufgefordert, die seit Sonntag zwischen den Separatisten

und den ukrainischen Soldaten geltende Waffenruhe einzuhalten.

Der Rat rief alle Parteien dazu auf, die Kämpfe einzustellen und zur vergangene Woche in Minsk vereinbarten Waffenruhe zurückzukehren. Das mühsam ausgehandelte Abkommen war durch die Eskalation der Kämpfe in Debalzewe zur Makulatur geworden.

Der Rat bekräftigte zudem „seine volle Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine“ und brachte seine „tiefe Besorgnis über die tragischen Ereignisse und Gewalt in den östlichen Regionen der Ukraine“ zum Ausdruck.

Die Resolution wurde von allen 15 Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen. Auch Deutschland hatte im Vorfeld seine Zustimmung zu der Resolution signalisiert.

(3) Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen angenommen am 12. Februar 2015 in Minsk

(Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Donnerstag, 12. Februar 2015)

„Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der Präsident der Französischen Republik, François Hollande, und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, bekräftigen ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine.

Sie sind der festen Überzeugung, dass es

zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative gibt. Sie sind fest entschlossen, zu diesem Zweck einzeln und gemeinsam alle möglichen Maßnahmen zu treffen.

Vor diesem Hintergrund unterstützen die Staats- und Regierungschefs das am 12. Februar 2015 angenommene und unterzeichnete Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das von allen Unterzeichnern des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 und des Minsker Memorandums vom 19. September 2014 unterschrieben wurde. Die Staats- und Regierungschefs werden zu diesem Prozess beitragen und ihren Einfluss auf die jeweiligen Parteien ausüben, um die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets zu erleichtern.

Deutschland und Frankreich werden technische Expertise für die Wiederherstellung des Bankensektors in den betroffenen Konfliktgebieten zur Verfügung stellen, möglicherweise durch die Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Erleichterung von Sozialtransfers.

Die Staats- und Regierungschefs teilen die Überzeugung, dass eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU, der Ukraine und Russland der Beilegung dieser Krise förderlich sein wird. Zu diesem Zweck unterstützen sie die Fortsetzung der trilateralen Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland über Energiefragen mit dem Ziel, nach dem Gas-Paket für den Winter weitere Folgeschritte zu vereinbaren.

Sie unterstützen ferner trilaterale Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland, um praktische Lösungen für Bedenken zu erreichen, die Russland mit Blick auf die Umsetzung des tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und

schütteltes Land eine reale Drohung gegenüber Russland wären, sei dahin gestellt. Wichtiger ist: amerikanische Waffenlieferungen könnten ja nur als Nato-Aktion unter Indienstnahme von Nato-Ländern in Ost- und auch Westeuropa ablaufen. Damit aber würde die Nato direkt und militärisch in den Ukraine Konflikt an den Grenzen Russlands eingreifen. Das ist auf keinen Fall im Interesse der europäischen Nato-Staaten und wäre nur mit ihrer Zustimmung und also auch der Zustimmung Deutschlands durchführbar.

Es wird Zeit, dass sich die Opposition im deutschen Bundestag, die Linke und die Grünen, konkret mit der deutschen Regierungspolitik

in der Nato beschäftigen. Die deutsche Nato-Politik muss auf Maßnahmen zur nicht-Einmischung in den Ukraine Konflikt, zur klaren Ablehnung der Aufnahme der Ukraine (als Bürgerkriegsland unter Einflussnahme an-

derer Länder) in die Nato und zum Stopp der Aufnahme weiterer osteuropäischer Länder in die Nato festgelegt werden. Genauso wie alle Nato-Mitglieder für die Aufnahme eines Staates sein müssen – genauso könnte die Nato

aus dem Interesse Ihrer Mitgliedsstaaten ein Moratorium für weitere Aufnahmen von z.B. einem Jahrzehnt beschließen. Das könnte auch ein Mittel sein, um die Diskussion über eine neue, angemessene „Bündnis- und Sicherheitsarchitektur“ zwischen Europa und „Eurasien“ wiederzubeleben, die nach 1989 kurz entstand, dann aber völlig zum Erliegen kam, bzw. gebracht wurde.

C. Cornides



der EU geäußert hat.

Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien der OSZE. Die Staats- und Regierungschefs fühlen sich der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen weiter verpflichtet. Zu diesem Zweck vereinbaren sie die Schaffung eines Aufsichtsmechanismus im Normandie-Format, der in regelmäßigen Abständen zusammentreten wird, und zwar in der Regel auf der Ebene hoher Beamter der Außenministerien.

(4) Minsk II. Eine offizielle Dokumentation der Vereinbarung durch die Bundesregierung liegt nicht vor. Die Darstellung wesentlicher Punkte durch Wikipedia ist unvollständig. So findet sich in der Berliner Zeitung vom 12. Februar folgender wichtiger Punkt: „Rentenzahlungen: Der ukrainische Staat soll die Zahlungen von Renten und anderen Sozialleistungen an die Bevölkerung in den Rebellengebiete wieder aufnehmen, die Banken und Zahlungssysteme dort reaktivieren. „Das ist nach der Einstellung des Artilleriefeuers das Allererste, wenn Kiew das Vertrauen der Leute zurückgewinnen will“, sagte der Donezker Unternehmer Konstantin.“

Hier nun die Punkte aus der Wikipediaquelle, Stand 18.2., ohne Fußnoten:

„Die Vereinbarungen umfassten:

- Eine umfassende Waffenruhe der beteiligten Konfliktparteien in der Ostukraine mit einer Feuerpause ab 0:00 Uhr Ortszeit (23:00 Uhr MEZ) am 14. Februar 2015.

- Die Einrichtung einer Pufferzone mit dem Abzug schwerer Waffen: für die

ukrainischen Truppen je nach Waffengattung auf eine Distanz von 50 bis 140 km von der „aktuellen Frontlinie“, für die Separatisten ebensoweit, auf die Demarkationslinie vom 19. September 2014.

- Ein Gefangenenaustausch, der laut Poroschenko innerhalb von 19 Tagen abgewickelt sein sollte.

- Die Überwachung der Front und der Einhaltung der Vereinbarungen durch die die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), auch mit Beteiligung deutscher Truppen, mit Unterstützung von Satelliten und Drohnen.

- Innerhalb von 30 Tagen soll das ukrainische Parlament in Kiew über eine Autonomie bestimmter Regionen der Separatistengebiete Lugansk und Donezk entscheiden.

- Ab Ende 2015 sollen zwischen der Ostukraine und Russland wieder Grenzkontrollen stattfinden. Zunächst sollten jedoch Kommunalwahlen in den Separatistengebieten stattfinden und per Verfassungsreform eine Dezentralisierung der Ukraine verwirklicht werden; ein Entwurf für eine entsprechende neue Verfassung existierte zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht. Fremde Truppen, fremde Kämpfer („Söldner“) und alle ihre Waffen sollten vom Gebiet der Ukraine zurückgezogen werden.

Darüber hinaus wollten Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine ein Aufsichtsgremium aus Diplomaten zur Kontrolle der Umsetzung des Waffenstillstands installieren, das regelmäßig zusammentreffen sollte.“

[http://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II.](http://de.wikipedia.org/wiki/Minsk_II)

(5) Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 zur Ukraine, (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Freitag, 13. Februar 2015)

„Wir, die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten sowie der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission, begrüßen das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das von den Unterzeichnern der ursprünglichen Vereinbarungen am 12. Februar 2015 in Minsk angenommen wurde. Die Umsetzung des Minsker Pakets bietet die Perspektive einer umfassenden, dauerhaften und friedlichen Lösung der Krise im Osten der Ukraine.

Die G7 ist dennoch unverändert besorgt über die Lage in der Ukraine, insbesondere angesichts der Kämpfe um Debaltsevo, wo von Russland unterstützte Separatistenmilizen jenseits der in den Minsker Vereinbarungen vom September 2014 vereinbarten Kontaktlinie operieren, was bereits zahlreiche zivile Opfer gefordert hat. Wir rufen alle Seiten dringend auf, die Bestimmungen des Pakets strikt einzuhalten und die dort vorgesehenen Maßnahmen unverzüglich durchzuführen, beginnend mit einer Waffenruhe am 15. Februar. Alle Parteien sollten in den kommenden Tagen Handlungen unterlassen, die den Beginn der Waffenruhe erschweren würden. Gleichzeitig ist die G7 bereit, geeignete Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die gegen das Minsker Paket verstoßen, und somit die Kosten für sie zu erhöhen, insbesondere gegen diejenigen, die die vereinbarte umfassende Waffenruhe und den Abzug schwerer Waffen nicht einhalten.

Wir verurteilen erneut die illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland.

Die G7 begrüßen die am 12. Februar

zwischen dem IWF und der ukrainischen Regierung grundsätzlich getroffene Vereinbarung über ein neues Programm wirtschaftlicher Reformen, das von einer Erweiterten Fondsfazilität des IWF gestützt wird. Die G7 Mitglieder sehen einer umgehenden Prüfung des Programms durch das Exekutivdirektorium des IWF erwartungsvoll entgegen. Wir stellen zur Unterstützung der Ukraine finanzielle Hilfen zur Verfügung. Diese internationale Unterstützung wird der Ukraine bei ihren ehrgeizigen Wirtschaftsreformen zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung des Lebensstandards für die ukrainischen Bürger helfen. Wir sprechen der ukrainischen Regierung unsere Anerkennung für ihre feste Entschlossenheit zur Umsetzung dieser ehrgeizigen Reformagenda im Hinblick auf wirtschaftliche, rechtsstaatliche und demokratische Reformen aus.

(6) „Minsk I“, Minsker Protokoll und Minsker Memorandum vom 5./12 September 2014. Wikipedia dokumentiert die von der Organisation für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa veröffentlichten zwölf Beschlüsse des Treffens:

- „1. Die unverzügliche beiderseitige Unterbrechung der Anwendung von Waffengewalt zu gewährleisten.
2. Das Monitoring und die Überprüfung der Waffenruhe durch die OSZE zu gewährleisten.
3. Die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine zu verwirklichen, darunter durch die Annahme des Gesetzes „Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in den gesonderten Kreisen der Donezker und Lugansker Gebiete“ (Gesetz über den Sonderstatus).
4. Das ständige Monitoring an der russisch-ukrainischen Staatsgrenze und die Überprüfung seitens der OSZE zu gewährleisten, mit der Bildung einer Sicherheitszone in den Grenzkreisen der Ukraine und der Russischen Föderation.
5. Sofort alle Geiseln und ungesetzlich festgehaltenen Personen zu befreien.
6. Das Gesetz über die Nichtzulassung der Verfolgung und der Bestrafung von Personen in Zusammenhang mit den Ereignissen zu übernehmen, die in einzel-

nen Kreisen der Donezker und Lugansker Gebiete der Ukraine geschehen sind.

7. Den inklusiven nationalen Dialog fortsetzen.
8. Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Situation im Donbass zu ergreifen.
9. Die Durchführung vorgezogener Kommunalwahlen zu gewährleisten, entsprechend dem ukrainischen Gesetz „Über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in den gesonderten Kreisen der Donezker und Lugansker Gebiete“ (Gesetz über den Sonderstatus).
10. Die ungesetzlichen bewaffneten Formationen, die Militärtechnik sowie die Freischärler und Söldner aus der Ukraine herauszuführen.
11. Ein Programm des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des Donbass und der Wiederherstellung der Lebensfunktionen der Region zu beschließen.
12. Die Garantie der persönlichen Sicherheit der Teilnehmer der Konsultationen zu gewähren.“

http://de.wikipedia.org/wiki/Protokoll_von_Minsk

Verein für Politische Bildung linke Kritik und Kommunikation e.V., Vorbereitung der Jahrestagung am 11./12. April in Mannheim

Außenpolitik, Schwerpunkte der Berichterstattung bzw. bei der Bildungs- und Untersuchungsarbeit

Aus der Redaktion Politische Berichte. / Siehe auch Koreferat von Ch.C.

Vorbemerkung

Deutsche Außenpolitik zielt auf Handeln verbundener Staaten, die durch wirtschaftliche, kulturelle und politisch-militärische Beziehungen so miteinander verflochten sind, dass ein eigenmächtiges Handeln praktisch nicht in Frage kommt.

Unterstellt die Kritik des Regierungshandelns, dass die deutsche Politik souverän für sich entscheidet und dann verhandelt, wird sie blind für die Aufgabe, Alternativen der Politik verbundener Staaten zu entwickeln.

Diese Problematik betrifft nicht nur die linke Kritik, tatsächlich ist die Berichterstattung über die Willensbildung in den verschiedenen und verschiedenartigen Verbündnissen, in denen sich das Handeln der BRD abspielt, im Bildungsprozess der öffentlichen Meinung unübersichtlich in der Darstellung, oftmals wird sie sogar ausgeblendet. Berichterstattung über Problemstellungen und Handlungsziele, die sich in diesen Institutionen herauschälen, ist Mangelware.

Linke Kritik könnte sich in dieser Lücke entwickeln.

Tatsächlich finden sich in den außenpolitischen Positionierung der Linken neben den (überwiegenden) Argumenten, die vollständige Handlungsfreiheit der Bundesrepublik unterstellen, seit langem Ansätze, die darauf abzielen, politische Alternativen mit Blick auf die Möglichkeiten etwa der Uno, der EU, der OSZE usw. zu entwickeln.

In dieser Richtung liegen auch Chancen einer Neubelebung des Internationalismus.

Der tradierte Pfad internationalistischer linker Kritik hängt, jedenfalls in der BRD, an der strategischen Vorstellung, dass entscheidende politische Verschiebungen im Rahmen des Nationalstaates zu erzielen sind, dessen absolute Souveränität deswegen als Basiswert linker Politik zu gelten hat.

Die daraus folgende Kritik von Entwicklungen der internationalen Politik gründet in Ansätzen, die zur Beendigung des 1. Weltkrieges entwickelt wurden, stichwortartig geht es dabei um die Methode, die Konflikte als Beweis für die Untauglichkeit des ganzen Systems zu nehmen, um so im Kriegsgeschehen Defaitismus zu begründen.

Konnten in der Zeit der weltweiten Erhebung gegen den Kolonialismus und der Blockbildung diese Sichtweise politisch fruchtbar sein, so wirken sie unter den heutigen Bedingungen weltfremd. Einfluss auf den Gang der Dinge lässt sich so allenfalls durch Blockade entwickeln. Blockade ohne Alternative gibt die Gestaltungsmacht in die Hände der Gegenseite.

Einzelne Tatsachenbehauptungen zur Diskussion von Bedingungen internationaler Politik

1. Nach der Auflösung der politisch-ideologisch charakterisierten Blöcke bildeten sich im Prozess der Globalisierung der Weltwirtschaft politisch-wirtschaftliche Agglomerationen heraus, die einerseits miteinander arbeitsteilig verflochten sind, andererseits aber durch politisch-militärisch relevante Schwellen voneinander abgegrenzt bleiben.

Trotz –vielleicht sogar wegen – der sprunghaften Erleichterung von weltweiter Kommunikation und Kooperation hat sich die Organisationsform des geografisch zusammenhängenden

Territoriums restabilisiert, was auf zunehmendes Gewicht militärischer Überlegungen schließen lässt.

Zwar verbindet das Netzwerk arbeitsteiliger Prozesse die ganze Weltgesellschaft und die damit verbundenen Produktivitätsfortschritte führen zu einem Trend, politische und rechtliche Hemmnisse des Handels und der Arbeitsteilung zu minimieren, aber dieser Prozess führt anscheinend nicht zur Auflösung von politischen Blöcken.

2. In der global verbundenen Welt besteht und verfestigt sich die nordatlantische Agglomeration, die sich nach außen abgrenzt, deutlichster Ausdruck dessen ist das Nato-Bündnis, das – von wenigen, geschichtlich begründete Ausnahmen abgesehen, als geschlossenes Territorium, als zusammenhängendes Gebiet mit Außengrenzen konzipiert war und bleibt.

Die Entwicklung eines Bündnisses zum (Hoheits)Gebiet wird am Beispiel der Nato besonders deutlich. Im geografischen Raum verlaufen Grenzkannten zwischen den USA und Mexiko, durch den Pazifik gegenüber dem fernen Osten, durch die Arktis gegenüber dem russischen Territorium, zwischen der EU und Russland, vermittelt durch eine Zwischenzone, in der Staaten der vormaligen GUS liegen, schließlich durch das Schwarze Meer, durch das Mittelmeer und durch den Atlantik zurück in die Karibik. Es bestehen an den Grenzabschnitten spezifische Grenzkonflikte, am Schwarzen Meer und am Mittelmeer die Tendenz, Positionen an den Gegenküsten zu gewinnen.

3. Die zwischenstaatlichen Binnenverhältnisse in diesem politisch-militärisch abgezielten Raum ergeben sich durch ein Vorrat kompatibler Regeln und Traditionen, die spezifische Kooperationsmöglichkeiten auf den Gebieten etwa der Rechtspflege, von Technik und Wissenschaft des Wirtschaftens und in Sachen Kultus und Kultur ermöglichen. Eine erhebliche Rolle spielen auch geschichtliche Erfahrungen, so die z.B. Auseinandersetzung der Anglo-Amerikaner mit dem deutschen Faschismus, aus der die Nato entstanden ist, und ihre Rolle in der Blockkonfrontation weitergespielt, aber offensichtlich nicht ausgespielt hat.

4. In diesem militärisch gesicherten Raum intensiver Beziehungen hat sich die EU entwickeln können. Die Binnengrenzen innerhalb der EU wurden zu niedrigeren Schwellen eingeebnet, entscheidend dafür erwies sich die Kombination von Geltung individueller Menschenrechte in einem einheitlichem Rechtsraum bei weit gefasster religiös-weltanschaulicher Toleranz, die einen langen geschichtlichen Vorlauf – Ausgang der Bekenntniskriege des alten Europa – hat, sich in der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur

bewährte und auch die Lösung aus dem Kolonialismus erleichterte.

5. Innerhalb der nordatlantischen Agglomeration besteht eine Binnengrenze zwischen dem „Alten Europa“ und der (nordamerikanischen) Neuen Welt. Sie ist durch viele Durchlässe und Brücken gekennzeichnet, neben der – entscheidenden – Überwölbung durch ein enges Militärbündnis verliert diese Grenze im Leben von Wissenschaft, Kunst & Kultur Jahr um Jahr Trennschärfe, aber ohne gezielte politische Anstrengungen dauert sie im Rechts- und Wirtschaftsleben fort; das belegen ideologische und politische Auseinandersetzungen aller Art. Die britischen Inseln wirken hier als Bindeglied, Tendenzen die Binnengrenzen innerhalb der nordatlantischen Agglomeration zu härten, berühren die britische Gesellschaft vital.

6. Zum Verständnis der Abgrenzungs- und Agglomerationsprozesse, die weltweit zu beobachten sind, ist die differenzierte Betrachtung des Sozialraums der Weltgesellschaft hilfreich. Je nach dem Raumtypus, der in Betracht gezogen wird, werden anderen Vorräte kompatibler / anschlussfähiger Verhältnisse sichtbar. Für die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Kultur, die Religionen, die mächtigen Traditionen, die politischen Erfahrungen, die Rechtsordnung und, nicht zuletzt, für das Phänomen der Nachbarschaft, zeigen sich auf all diesen Raumebenen verschiedene Verflechtungsgrade und Trennschwellen. Im geografischen Raum notiert, bilden sich die Agglomerationen der Moderne als Regionalzusammenhänge ab.

Die Grenzen, die zwischen diesen großflächigen Bündnissen / Einflusszonen entstehen, bilden sich, weil innerhalb der jeweiligen Agglomerationen, also mit den nahen Nachbarn, Kooperationen möglich sind, die mit den fernen Nachbarn entweder nicht so leicht, nicht so rasch oder im überschaubaren Zeithorizont auch gar nicht möglich sind.

7. Die geografische Nachbarschaft erweist sich als gravierender Faktor, weil – insbesondere bei wirtschaftlichen Prozessen – Einheit von Raum, Zeit und Handlung benötigt wird, und weil Prozesse der Steuerung, die eine solche Einheit partiell über weite Entfernungen, auf der Basis der Gesetze von Technik und der Regeln der Mathematik herzustellen ermöglichen, durch die Verständigung persönlich präsenter und lebensweltlich verbundener Menschen ergänzt werden müssen.

In benachbarten Gebieten geht dies leichter, nicht nur wegen der Entfernung, die überwunden werden muss, sondern wegen der Möglichkeit, auf Traditionen und Erfahrungen, auf erlebte und erzählte Geschichte, zurückgreifen zu können. Es begeben sich

Menschen, die Erfahrungen teilen.

Schließlich können benachbarte Gegenden einheitliche Außengrenzen entwickeln, der Vollzug des Rechts im Binnenraum und an den Außengrenzen wird erleichtert, und schließlich kommt auch das Militärische zum Tragen.

8. Unter diesen Gegebenheiten ist anzunehmen, dass die trennenden Schwellen innerhalb des nordatlantischen Blocks niedriger sind als an den Rändern dieses Blocks hin zu anderen Agglomerationen der Weltgesellschaft. Ebenso sind innerhalb dieses Blocks die existenziell bedeutsamen Verflechtungen inniger als zur sonstigen Welt.

9. Da die Verflechtung auf den verschiedenen Ebenen des Sozialraums unterschiedlich sein kann, sind schwierige Grenzkonflikte erklärlich, so z.B. wenn die Ukraine wirtschaftlich eher mit Russland verflochten ist, sich aber politisch ideologisch an die nordatlantische Agglomeration anlehnen will.

Folgerungen für Berichterstattung, Untersuchungs- und Bildungsarbeit

Globalisierung und Agglomeration von Staaten zu Bündnis-Gebieten sind ein Prozess mit dem man rechnen muss. In diesem Prozess bildet sich ein neuer Typus des Handelns heraus.

Abschließende Entscheidungen können nicht mehr in (mehr oder weniger) demokratisch gestalteten Prozessen zwischen „Staatsvolk“ und „Staatsmacht“ gefunden werden, denn der Nationalstaat umschließt den Kreis der Betroffenen nicht. Wenn überhaupt ein Ergebnis gefunden werden soll, muss das Ver(Handeln) der Repräsentanten von der Meinungsbildung des Herkunftslandes entkoppelt werden. Formal entsteht ein Demokratieproblem, inhaltlich geht Öffentlichkeit verloren, es folgen Informationsdefizite der „Entscheider“ und Qualitätsverluste.

Es folgen Versuche der nationalstaatlich organisierten Öffentlichkeit, die politischen Repräsentanten enger zu binden bzw. ganz zu blockieren, wodurch in der Praxis der Einfluss auf die Entscheidungsprozesse weiter zurückgeht.

Einen Ausweg aus diesem Kreislauf könnte linke Kritik suchen, indem sie sich um eine Verschiebung von Fragestellungen bemüht. Klassisch: „Welche Politik soll die Bundesregierung in Sachen x,y,z ... einschlagen“ müsste dann lauten: „Welche Art von Abkommen / Strategie / Handlungsoption wäre für die Gesamtheit der Betroffenen angemessen, richtig, anzustreben“.

Ein solcher Typus der Meinungsbildung wird sichtbar, wenn es z.B. um international geltende Arbeitsnormen, Bildungsziele usw. geht. Starke und schlagkräftig organisierte zivilgesellschaftliche Bewegungen schaffen sich

weltweit Kommunikationszusammenhänge und formulieren übergreifende Ziele. Gegenwärtig ist dieser Typus von Meinungs- und Willensbildung vor allem mit dem Bezugspunkt Uno ausgeprägt, sie werden durch Deklarationen erleichtert, sie sich in diesem Falle an die ganze Menschheit richten.

Wenn es aber z.B. darum geht, das private und öffentliche Finanzwesen im engeren Zusammenhang von Eurozone bzw. EU zu ordnen, müssen

zwar auch Normen formuliert werden, es geht aber auch um Optimierung von Problemlösungen im Rahmen laufender Kooperationen.

Die dafür einschlägigen Diskussionen finden gegenwärtig kaum Öffentlichkeit, es sei denn mit dem Ziel der Blockade.

Mit unseren bescheidenen Möglichkeiten sollten wir versuchen, Problemstellungen, die gegenwärtig innerhalb der Gremien der EU, aber auch OSZE,

oder im von der Nato abgezielten nordatlantischen Raum erörtert werden, konkret zu erörtern, vielleicht würden sich unter der Fragestellung „Was ist gut für alle in Europa“ bzw. „Welche Politik können die Europäer gegenüber ihren Nachbarn verantworten“ Chancen übergreifender politischer Bewegungen erkennen lassen.

*Martin Fochler, Alfred Küstler,
Stand: 9.1.2015*

Gesellschaftliche Interessen in und zwischen den Weltregionen und das Handeln von Staatenverbindungen und -verbünden stärker in den Fokus der Berichterstattung über Außen- und Internationale Politik stellen

In ihrem Diskussionsbeitrag „Außenpolitik, Schwerpunkte der Berichterstattung bzw. bei der Bildungs- und Untersuchungsarbeit“ weisen Martin und Alfred auf die Tatsache hin, dass auch linke Kritik und Analyse nach wie vor stark vom Fokus auf den Nationalstaat als handelndes Subjekt des internationalen Geschehens, als Objekt der Kritik und als Bezugspunkt für die Veränderung des internationalen Geschehens geprägt ist.

Sie kommen hinsichtlich praktischer Konsequenzen „für Berichterstattung, Untersuchungs- und Bildungsarbeit“ zu dem Ergebnis: „Mit unseren bescheidenen Möglichkeiten sollten wir versuchen, Problemstellungen, die gegenwärtig innerhalb der Gremien der EU, aber auch OSZE, oder im von der Nato abgezielten nordatlantischen Raum erörtert werden, konkret zu erörtern. Vielleicht würden sich unter der Fragestellung, ‚Was ist gut für alle in Europa‘ bzw. ‚welche Politik können die Europäer gegenüber ihren Nachbarn verantworten‘ Chancen übergreifender politischer Bewegungen erkennen lassen.“

Die Ergebnisse des Kurses „Internationale Politik“ der linken Sommerschule 2014 weisen in ähnliche Richtung. (s. dazu Rundschreiben Nr. 13 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung vom November 2014). Im Berichtsbeitrag „Zur grundsätzlichen Sichtweise der OSZE auf die wesentlichen Charakteristika der Ukraine-Krise“ stellt Hunno die eigenständige, konfliktlösende Rolle der OSZE in der Georgien-Krise, und die bisherige Politik sowie die Möglichkeiten der OSZE in der Ukraine-Krise dar. Dabei ist zu berücksichtigen: „Denn die OSZE hat jenen einmaligen Vorteil einer inklusiven Organisation an sich, dass sie alle exklusiven Organisationen wie Nato, EU und Nachfolgeorganisationen des Warschauer Pakts bzw. des Comecon übergreift ...“.

Dagegen fällt auf, dass z.B. dass das Abkommen von Minsk vom 5. September 2014 in der Berichterstattung in Deutschland (auch in der linken Berichterstattung) so gut wie keine Rolle gespielt hat, obwohl es – trotz Nichteinhaltung des Waffenstillstands – wichtige Vereinbarungen enthielt wie u.a. Amnestie für alle Separatisten, Wiederaufbau des Donbass, Dezentralisierung der Macht in der Ukraine sowie neun weitere Vereinbarungen. Weiter bedeutsam: die Teilnahme der OSZE als Vertragspartner. „Unterzeichnet haben das auf Russisch verfasste Dokument die OSZE-Gesandte Heidi Tagliavini, der frühere ukrainische Präsident Leonid Kutschma, der russische Ukraine-Botschafter Michail Surabow sowie die Rebellenführer Alexander Sachartschenko und Igor Plotnitski.“ (Zeit Online v. 7.9.2014, s. dazu <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-09/ukraine-minsker-abkommen>)

Weiter noch zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Internationale Politik“ der Sommerschule 2014: In seinem Berichtsbeitrag „Deutsche Außenpolitik: ‚Abschied von der Juniorpartnerschaft‘“, behandelt U.J. in Auseinandersetzung mit der Strategiedebatte um deutsche Außenpolitik u.a. die Tatsache, dass auch deutsche Hegemonialabsichten in Europa, wenn überhaupt, nur unter Einbeziehung der EU – also nicht losgelöst nationalstaatlich – umgesetzt werden. Die Beiträge von R.S. und J.W. zur Osterweiterung und zur sog. „Nachbarschaftspolitik“ der EU verdeutlichen, dass der Ukraine-Konflikt auf keinen Fall nur als Konflikt zwischen einzelnen Staaten verstanden werden kann, sondern auch – soweit es die Politik der EU betrifft – Ergebnis von Fehlern der sog. „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (von der EU-Kommission 2004 in Verbindung mit der EU-Erweiterung konzipiert) gegenüber den osteuropäischen Staaten ist. (Konkretisiert wurde diese „Europäische Nachbarschaftspolitik“

u.a. auch mit der „Union für das Mittelmeer“ (2008), die sich an die Mittelmeerränderstaaten von Marokko bis Libanon richten soll.)

Auch die Konzeption und Umsetzung der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ seit ca. 2004 ist sowohl in der Öffentlichkeit wie innerhalb der Linken kaum beachtet bzw. beobachtet worden, obwohl gerade sie aus der Sicht und mittels der Institutionen einer Region – EU – für die Politik der EU an den Übergängen zu anderen Regionen (Nahost, Osteuropa/Russland) und somit für die an diesen Übergängen entstehenden Konfliktgebiete entwickelt und betrieben wurde und wird.

Innerhalb der Linken wird zunehmend klarer und steht spätestens seit dem letzten Europaparteitag unübersehbar auf der Tagesordnung, dass eine Diskussion und ein Klärungsprozess zur Außen- und internationalen Politik unumgänglich ist, und die einfache und unpraktische „forderungsmäßige“ Negation von Tatsachen des internationalen Geschehens keinen Ansatzpunkt für politisches Handeln bietet. (Und schon gar sich keine konsistente Politik der Linken-Fraktion im Europaparlament und im Bundestag daraus entwickeln lässt.) (In diesem Zusammenhang ist immerhin bemerkenswert, dass alle Beiträge der kleinen Sammlung von Diskussionsbeiträgen zum Thema Außenpolitik aus den Reihen der Linken („Linke Außenpolitik, Reformperspektiven“, Verlag Welttrends, Potsdam 2013) sich letztlich mit Rolle, Funktion und Gestaltung internationaler Zusammenschlüsse und Staatenverbünde befassen.)

Ein wesentliches Element der Dynamik internationaler Veränderungen ist die Diskrepanz zwischen den jeweils bestehenden, historisch entstandenen und tradierten politischen Strukturen, Organisationsformen, Organisationen und Institutionen und der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der wirtschaftlichen Verflechtung und

des wirtschaftlichen Gewichts von Agglomerationen und Weltregionen. Das setzt auch den Handlungsrahmen für die nationalen Staaten, und selbst sog. Groß- und Mittelmächte (USA, China, Japan, Deutschland – die „Zentralmacht Europas“ H.-P. Schwarz 1994) und „aufstrebende“ Länder (BRICS-Staaten) sind nur in der Lage ihre Rolle und ihre Hegemonieansprüche unterschiedlicher Reichweite umzusetzen durch zunächst die „Indienstnahe“ der Ressourcen der sie umgebenden Weltregionen.

(Quer zu den nationalen Staaten entwickeln sich in gewisser Hinsicht also „emergente“ politische Zusammenhänge und Strukturen, die mehr sind als die Addition der sie bildenden Staaten, und die ihrerseits strukturierend auf die Politik der nationalen Staaten wirken, bzw. wirken können bzw. wirksam werden können.)

Gesellschaftliche Interessen in und zwischen den Weltregionen und das Handeln von Staatenverbindungen und -verbünden stärker in den Fokus der Berichterstattung, der Analyse und Bildungstätigkeit über Außen- und Internationale Politik zu stellen hätte somit also zwei Aspekte:

Einmal den, zu einer angemessenen Beobachtung und Verfolgung der tatsächlichen realen Entwicklung zu kommen und zum anderen – was direkt damit zusammen hängt, sich wechselseitig bedingt – eine methodische Sichtveränderung auf das internationale Geschehen und die Außenpolitik Deutschlands vorzunehmen, die eine bessere Entwicklung von Handlungs- und Reformvorschlägen „von Links“ – und damit weder affirmativ noch in „einfacher Negation“ zum Nationalstaat – erlaubt.

Internationalismus und internationale Solidarität ist ein wichtiger Anker und Impuls linker und sozialistischer Politik. Auch er kann aber ein wichtiges Grundproblem jeder linken und sozialistischen Politik in der modernen, durch das „Handeln verbundener Staaten“ bestimmten „Staatenwelt“ nicht lösen: dass „linke Außenpolitik“ – anders als in der Innenpolitik – nicht direkt (gewissermaßen qua handelndem internationalen „Subjekt“) auf das internationale Geschehen einwirken bzw. im internationalen Geschehen wirkt. (Zu bestimmten Zeiten mag es für viele so aussehen – Solidarität mit der Sowjetunion, „Orientierung“ an China, als gäbe es dieses im Interesse aller auf der internationalen Bühne handelnde „Subjekt“, aber dann zeigt sich praktisch wie auch theoretisch, dass selbst der „ideale“ vorgestellte „sozialistische Staat“ immer der einer bestimmten Gesellschaft in einer bestimmten gesellschaftlichen Situation wäre und nicht die Probleme der Weltgesellschaft lösen, geschweige denn de-

ren soziale Befreiung bewerkstelligen kann.)

Linke Politik wirkt also – wenn sie wirkt – in den verschiedensten Formen – Einwirkung auf die Regierungspolitik des eigenen Landes, grenzüberschreitende Solidarität mit anderen, Kampf um die öffentliche Meinung, Unterstützung stattfindender politischer Entwicklungen etc. – indirekt auf das internationale Geschehen oder anders gesprochen auf das „System der internationalen Beziehungen“. (Das macht linke Politik in Fragen der Außen- und internationalen Politik also noch komplexer, als sie sowieso schon ist. (Nebenbei: Regierungsbeteiligung macht dieses Problem für die Linke nicht einfacher, eher im Gegenteil, also nochmal komplexer.))

Woher und wie gewinnt dann aber linke Politik in Fragen der Außen- und internationalen Politik ihre sachliche Orientierung und ihr Handlungsvorschläge?

In verschiedenen Formen linken Selbstverständnisses scheint nichts leichter als das: Schließlich gibt es klare Grundsätze: „für Frieden, gegen Krieg“. Wenn aber der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann ersetzt der Ruf nach Frieden (im Sinne von „die Waffen nieder“, wenn sie erhoben sind) nicht die Schritte der konkreten Alternative zur Politik, die zum Krieg führt. (Schon die Frage der Unterstützung der bewaffneten Selbstverteidigung Kobanes hat große Teile der Linken in die Immobilität in diesem Punkt gebracht.)

Der spontan falsche, vielfach gegangene Weg der Linken zur Suche nach Orientierung und Handlungsvorschlägen in internationalen Fragen (der auch einen Teil der derzeitigen Probleme ausmacht) kennt vor allem drei mögliche Bezugspunkte: a) Parteiergreifung und mehr oder weniger bedingungslose Solidarität mit einem internationalen Akteur (Bewegung oder Staat), b) positiver Bezug auf die Politik des eigenen nationalen Staates, c) Kritik der nationalen Politik wegen nicht-Vertretung der „eigentlichen“, richtig verstandenen „nationalen Interessen“. (Kritik der KPD an der Montanunion, Kritik an deutscher EU-Politik wegen Missachtung „deutscher Interessen“ etc.)

Gesellschaftliche Interessen in und zwischen Weltregionen, die ihrerseits aber wieder den nationalen Staaten Bedingungen setzen, kristallisieren und artikulieren sich konkret auch heute bereits in den verschiedensten Formen von internationalen, regionalen oder weltweiten Zusammenschlüssen, Organisation und Unterorganisationen (UNO, regionalen Handelszonen und Zusammenschlüssen, EU, aber auch OECD (Stichwort „Pisa-Studien“), Europarat, europäisches Parlament etc.).

Das ist auf den verschiedenen Feldern des gesellschaftlichen Lebens unterschiedlich weit entwickelt. Ein wichtiges Beispiel dafür sind – wie von Martin und Alfred betont – die ILO, ihre Politik und ihre Forderungen.

Anders als in Teilen linker Tradition außenpolitischer Staatsorientierung (das „bessere Deutschland“, die „wirklichen Interessen Deutschlands“ usw.) hat der Begriff des „nationalen Interesses“ in der Theorierichtung der sog. „Realistischen Schule“ der internationale Politik (entstanden in den 30er/40er Jahren des 20. Jh.) eine relativ deutlich definierte Bedeutung. Hans Morgenthau (nicht zu verwechseln mit Henry Morgenthau und dem nach ihm benannten Morgenthau-Plan) definiert in seinem 1949 erstmals erschienenen Buch „Politics among Nations“ (deutsch 1963, „Macht und Frieden“) nationales Interesse als „Interesse im Sinne von Macht“. Sehr vereinfacht gesagt: Handelnde Akteure der internationalen Politik sind Staaten. Da es keinen Souverän über den Staaten gibt, herrscht zunächst einmal Anarchie, in der die Staaten danach streben, ihre Macht zu erweitern und sich zu „schützen“. Der Antrieb des staatlichen Handelns liegt letztlich in der Natur des Menschen. Internationale Politik kann sich demnach nicht auf gute Absichten und Moral verlassen, sondern muss diese nationalen Interessen (verstanden „im Sinne von Macht“) zur Kenntnis nehmen und dem Streben nach Macht in verschiedenen Formen Grenzen setzen und Ausgleich suchen (durch Diplomatie, durch öffentliche Meinung, auch durch internationale Organisationen.)

Staatenbündnisse sind also letztlich immer nur Instrumente zum Ausgleich der Macht anderer Staaten und nicht auch Organisations- und Entwicklungsformen des gesellschaftlichen Interesses in bestimmten, Einzelstaaten übergreifenden Regionen.

Da die klassische realistische Schule viele Entwicklungen wie die Entstehung von Montanunion, EWG, EU, das Ende des „Kalten Krieges“, das Ende des „Realsozialismus“ nicht erklären konnte, sind verschiedene neue Theorieansätze der internationalen Politik entstanden wie Funktionalismus und „Neo-Realismus“, die sich mit den neueren Formen der Entwicklung der Staatenwelt und der Entstehung von Staatenverbünden wie im Prozess der europäischen Integration befassen.

Es könnte lohnend sein, parallel mit der Verstärkung der Berichterstattung zum Thema Staatenverbünde und internationale Organisationen auch den Reflex in der Theorieentwicklung der internationalen Beziehungen in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten zu beleuchten.

C. Cornides, Stand 23.1.2015

Vernetzter Sicherheitsbegriff • Pilotprojekt öffentlich geförderte Beschäftigung für Thüringen • Das Streikrecht weltweit garantieren: Arbeitgeber stellen in der ILO Streikrecht in Frage

„Historisches Ergebnis für Die Linke bei der Bürgerschaftswahl“

Hanseatischer Bürgerkönig

AfD in der Hamburgischen Bürgerschaft

Varoufakis: Keine Zeit für Spielchen in Europa

Auslandsnachrichten

Finnland: gesetzliches Verbot für „Nullstundenverträge“ gefordert • Schweiz: Mit „Hire and Fire“ auf Expansionskurs • Österreich: Pflege gegen Scheinselbstständigkeit • Italien: Landesweiter Bankenstreik • Türkei: Anerkennung der Gewerkschaft bei Ikea • Kenia: Streik in Textilfirma • Kamerun: Kampf um Streikrecht • China: Kritik an Foxconn wegen Todesfällen • Südkorea: McDonalds-Beschäftigte protestieren • Brasilien: Streik bei VW beendet

Aktionen ... Initiativen

Scharfe Kritik am neuen Expertenkreis Antisemitismus • Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ • 18. März: EZB-Eröffnung? Nicht ohne uns! • Paritätischer fordert Abschaffung der Pflege-Noten • Rechte Hetze gegen Flüchtlinge • Aufruf zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2015 • Präventionsgesetz muss behinderte Menschen einbeziehen • Abschiebung nicht nur dramatischer Einzelfall • Mit internationaler Solidarität zu existenzsichernden Löhnen weltweit?

Hamburgs Staatschutz im Einsatz:

Hamburg: 8000 demonstrieren für Rechte Geflüchteter

„Das Eigenkapital der Stadt Mannheim ist gemehrt“

Kommunale Politik

Opel-Flächen: Noch viele Fragen offen. Bochum • Arbeit im Jugendamt muss umstrukturiert werden: Dortmund • Private Finanzierung kann die Stadt teuer zu stehen kommen: Köln • Terminal 3: Vor dem Ausbau ist nach dem Ausbau! Frankfurt a.M. • Städtepartnerschaft mit Kobanê: Bremen • Behelfsunterkünfte als Dauerunterbringung nicht geeignet: Essen • Senats-Bäderkonzept kann nur ein erster Aufschlag sein: Berlin • Dauerhaftes Bauprogramm zur Flüchtlingsunterbringung erforderlich: Düsseldorf

Streikende warnen Metall-Arbeitgeber

Wirtschaftspresse

Ukraine-Konflikt: Uno-Sicherheitsrat fordert einstimmig die Einhaltung der Waffenruhe

Außenpolitik, Schwerpunkte der Berichterstattung

Gesellschaftliche Interessen in und zwischen den Weltregionen und das Handeln von Staatenverbindungen und -verbänden

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 11. und 12. April 2015 in Mannheim

Samstag, 11. April

13 Uhr Einlass, Registrierung
13.15 Uhr Eröffnung, Organisatorische
13.30–14.30 Uhr Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte, Wahlen zum Vorstand, Haushaltsbericht 2014 und Haushaltsbeschluss 2015 bis 15 Uhr Kaffeepause
15–18 Uhr öffentliche Veranstaltung zum Thema:

„Dritter Sektor“ (Nicht-Markt, Nicht-Staat, Nicht-Familie) und linke Konzepte hierfür

Ausführlicher in der nächsten Ausgabe.

Sonntag, 12. April

9–12 Uhr (in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung zum Thema:

Vernünftiger Pluralismus und totalitäre Abwege

Georg Wilhelm Friedrich Hegel hat in seinen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ die These entfaltet, daß für den Staat die Religion das „Tiefste der Gesinnung integrierende Moment“ sei. Deshalb, so Hegel weiter, habe der Staat sogar das Recht, von allen Staatsbürgern die aktive Teilnahme an „einer Kirchengemeinde“ zu fordern, und er sagt dabei sogar „an irgendeiner“. Denn auf den Inhalt des Glaubens selbst, „insofern er sich auf das Innere der Vorstellung bezieht, kann sich der Staat nicht einlassen“.

Sicher ist daran richtig: Bürgerinnen und Bürgern einer Gesellschaft brauchen für die Gestaltung ihrer persönlichen Lebenswege gemeinschaftsstiftende Konzeptionen. Religiöse und sakralisierte politische Glaubensinhalte drängen sich hier auf. Aber für die Organisation gesellschaftlicher Beziehungen, für die Sphäre von politischem, rechtlich geordnetem Handeln bilden sich andere Formen heraus, zum Beispiel der Vertrag.

Nur: Die Symbolik religiöser bzw. weltanschaulich gebundener Sprache ist extrem offen für alle möglichen Interpretationen. Hierin liegt ihre ungebrochene Anziehungskraft, aber

auch die extreme Ambivalenz von allem Glaubensbewußtsein und allen Glaubensinhalten. Demokratie ist hier selten die erste Wahl. Ohne eine politisch verfaßte Gesellschaft, die das Nebeneinander verschiedener und sich widersprechender Bekenntnisse respektiert, gibt es immer nur die Vernichtung der anderen Seite als Ziel. Das, was man selber für das „Gute“ hält, ist dann auch das einzig „Wahre“ und wird zur rechtlich zwingenden Norm für alle. Wir kennen genügend grauenhaft fehlgeschlagene Staatsbildungen der Moderne, die auf solchen Grundlagen und Inhalten einseitig errichtet wurden. Zugleich wissen wir, daß eine Gesellschaft sich immer wieder mit ihren Bekenntnisinhalten und Normen auseinandersetzen muss.

In drei in Thesenform vorgetragenen Referaten wollen wir uns der Thematik nähern und in der jeweils anschließenden Diskussion unsere Positionen überprüfen:

- IS, NS usw., die Politik als Religion, Führerkult und Staatsvergottung (*Martin Fochler*)
- Typen des Fundamentalismus im christlichen Kulturkreis: ihre Formen, ihr Entstehen, ihr Scheitern (*Karl-Helmut Lechner*)
- Die Wende zum Demokratischen Sozialismus: Was schützt vor Totalitarismus? Beispiel Thüringen: Hilft dabei die Rechts-/Unrechtsstaat-Debatte? (*Frank Kuschel, Die Linke Thüringen*)

Anmeldung

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß). Da wir uns frühzeitig verbindlich anmelden müssen, bitte **umgehend eine Mail senden an: alfred.kuestler@gnn-verlage.com**.



21, 68163 Mannheim, T 0621 822718, info@jugendherberge-mannheim.de; www.jugendherberge-mannheim.de.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 19. März 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 13. März.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

19. März, 16. April, 14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.